

Aus Liebe zum Menschen.

Syrien: Aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Staatsbildung, Sicherheit, Wirtschafts- und Versorgungslage; Entwicklungen in den Gebieten der kurdischen Selbstverwaltung

Dokumentation zum COI-Webinar mit Kristin Helberg und
Farhad Ahma am 6. November 2025

5. Jänner 2026



 Bundesministerium
Inneres

 **UNHCR**
The UN Refugee Agency

ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

ACCORD - Austrian Centre for Country of
Origin & Asylum Research and Documentation

Syrien: Aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Staatsbildung, Sicherheit, Wirtschafts- und
Versorgungslage; Entwicklungen in den Gebieten der kurdischen Selbstverwaltung
Dokumentation zum COI-Webinar mit Kristin Helberg und Farhad Ahma am 6. November

2025

5. Jänner 2026

Die im vorliegenden Dokument enthaltenen Informationen gehen auf die Vorträge von Kristin Helberg und Farhad Ahma im Rahmen des COI-Webinars vom 6. November 2025 zurück.

Die Dokumentation wurde von ACCORD zusammengestellt und von Kristin Helberg und Farhad Ahma freigegeben. Die Dokumentation erhebt weder Anspruch auf erschöpfende Behandlung der den Themenbereich umfassenden Aspekte oder Ereignisse, noch stellt er eine Meinung zum Inhalt eines bestimmten Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar.

Die in diesem Bericht vertretenen Meinungen spiegeln nicht notwendigerweise die Sichtweise von ACCORD wider. ACCORD trägt jedoch die Verantwortung für Form und Stil des Berichts.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Kurzbiographien der Vortragenden	3
1 Aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf Sicherheitslage, Staatsbildung, Rechtstaatlichkeit, Versorgungslage sowie Lage von Rückkehrer·innen (Vortrag Kristin Helberg).....	4
Staatliche Einheit	4
Innere Sicherheit	7
Politischer Übergang.....	10
Wirtschaftliche Lage und Lage von Rückkehrer·innen.....	12
Übergangsjustiz	16
Q&A	18
2 Fokus auf Nordostsyrien: Sicherheitslage, politische Entwicklungen der Autonomous Administration of North and East Syria (AANES), Versorgungslage und weitere Themen (Vortrag Farhad Ahma)	25
Politische Entwicklungen hinsichtlich der Verhandlungen mit der Übergangsregierung .	25
Militärdienst innerhalb der AANES und Zwangsrekrutierungen.....	32
Sicherheitslage und IS-Aktivitäten	32
Infrastruktur und Lage der Vertriebenen	33
Ausblick.....	34
Q&A	36

Kurzbiographien der Vortragenden

Kristin Helberg studierte Politikwissenschaft und Journalistik in Hamburg und Barcelona und zog 2001 nach Damaskus, wo sie lange Zeit die einzige offiziell akkreditierte westliche Korrespondentin war. Bis 2008 berichtete sie von Syrien aus über die arabische und islamische Welt für die Hörfunkprogramme der ARD, den ORF und das Schweizer Radio und Fernsehen SRF, sowie verschiedene Print- und Onlinemedien. Heute lebt sie in Berlin und arbeitet als freie Journalistin, Autorin, Moderatorin und Beraterin zu den Themen Syrien und Nahost, Flucht, Migration und Integration sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

Farhad Ahma stammt aus Qamischli und lebt seit 1996 in Deutschland. Zuvor hatte er sich in Syrien für die Rechte der kurdischen Bevölkerung eingesetzt und war deshalb ins Visier der syrischen Behörden geraten. In Deutschland begann er seine Tätigkeit als Dolmetscher und ist Mitbegründer der Organisation PÊL – Civil Waves, die sich in den Gebieten unter kurdischer Selbstverwaltung für gesellschaftliche Verständigung, die Stärkung von Frauen und mehr politische Teilhabe der Jugend engagiert. Seit dem Sturz der Assad-Regierung setzt sich die Organisation weiterhin für gesellschaftliche Verständigung ein.

1 Aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf Sicherheitslage, Staatsbildung, Rechtstaatlichkeit, Versorgungslage sowie Lage von Rückkehrer*innen (Vortrag Kristin Helberg)

Seit dem Sturz des Assad-Regimes vor fast einem Jahr befindet sich Syrien im Übergang. Die Überwindung von 54 Jahren Diktatur einer Herrscherfamilie und 14 Jahren eines sehr brutal geführten Krieges braucht natürlich Zeit. Dies geht auch mit Rückschlägen einher, aber im Laufe des vergangenen Jahres ist es der Übergangsregierung, vor allem Übergangspräsident Ahmed Al-Scharaa gelungen, Vertrauen im Ausland aufzubauen. Im Inland hat er dagegen Vertrauen verloren, vor allem seit der ersten Gewalteskalation im März 2025, den Massakern an der Küste, auch gegen alawitische Zivilisten. Misstrauen, Feindseligkeiten und auch Hass haben nochmal zugenommen. Die Gesellschaft in Syrien ist tief gespalten und Teile der Gesellschaft, vor allem Alawiten, Drusen, Kurden, aber auch manche Christen, sind inzwischen nicht mehr nur skeptisch gegenüber dieser Übergangsregierung, sondern stehen ihr offen ablehnend gegenüber. Das ist eine Veränderung im Vergleich zu den ersten Monaten nach dem Sturz des Assad-Regimes. Die Lage ist sehr angespannt, auch gesellschaftlich. Syrien hat derzeit mit fünf Herausforderungen zu kämpfen, die ich im Folgenden kurz anreißen werde.

Das erste ist die staatliche Einheit, also die Tatsache, dass Syrien noch gar kein geeintes Land ist, weil es Gebiete gibt, die sich gar nicht unter der Kontrolle dieser Übergangsregierung in Damaskus befinden. Das zweite große Thema ist die innere Sicherheit. Das dritte Thema ist der politische Übergang, also die Frage, wie legitim das eigentlich ist, was da gerade stattfindet. Das vierte Thema ist die wirtschaftliche Lage und fünftens würde ich noch auf die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts eingehen und über Themen wie Gerechtigkeit und Übergangsjustiz reden.

Staatliche Einheit

Schauen wir uns das Land an, wie es kurz vor dem Sturz von Baschar Al-Assad aussah. Es war über mehrere Jahre ein zerfallenes, geteiltes Land und das ging mit unterschiedlichen Realitäten einher. Das merkt man bis heute, wenn man durch das Land fährt. Ich war im April zwei Wochen unterwegs, in Damaskus, in Homs und in der Provinz Idlib. Ich war in den vergangenen Jahren immer mal wieder im Nordosten gewesen. Deswegen habe ich mich dieses Mal auf Zentralsyrien und Idlib beschränkt. Und da sieht man ganz klar, dass die Realitäten noch sehr unterschiedlich sind und viele Bürgerinnen und Bürger des Landes gar nicht so viel über die Erfahrungen in anderen Regionen wissen. Wenn man mit Freunden in Damaskus spricht, wundern diese sich, dass es überhaupt kurdische Schulen im Nordosten gibt, oder sie fragen mich, ob ich in Idlib einen Gesichtsschleier tragen muss. Sie waren womöglich auch noch gar nicht in den zerstörten Vororten von Damaskus, was ich schon erstaunlich fand. In Idlib spricht man dann die ganze Zeit von den PKK-Leuten im Nordosten, im Nordosten sprechen die Leute in der Regel von Dschihadisten, die jetzt nicht nur in Idlib sind, sondern auch in Damaskus. Es herrscht also sehr viel Voreingenommenheit und es gibt wenige Informationen über das, was die Menschen anderswo in den letzten 14 Jahren tatsächlich erlebt haben. Vorurteile und Narrative wirken fort, zum jetzigen Zeitpunkt mitunter auch Propaganda.

Heute sieht das Land so aus.¹ Auf den ersten Blick sieht aktuelle politische Karte Syriens gar nicht so anders aus, aber es gibt ein paar Details, die sich geändert haben. Vor allem, wenn wir in den Süden blicken. Auch fast ein Jahr nach dem Sturz des Assad-Regimes hat Damaskus nicht die vollständige Kontrolle über das syrische Staatsgebiet. Vor allem, weil der Nordosten nach wie vor unter einer kurdisch geprägten Verwaltung steht, der Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyrien. Die südöstliche Provinz Suweida wird inzwischen in Teilen von drusischen Milizen kontrolliert. Und im Südwesten greift Israel regelmäßig Syrien an. Im Norden gibt es auch immer noch Regionen, die von der Türkei dominiert werden. Die Türkei greift auch nach wie vor gelegentlich an, aber das wird alles Herr Ahma vertiefen.

Die großen Fragen beim Thema der staatlichen Einheit lauten deshalb: Wird es gelingen, die Autonome Verwaltung Nord- und Ostsyrien in das übrige Syrien zu integrieren, wenn ja, in welcher Form, und werden dabei sowohl kurdische und zentralstaatliche Interessen berücksichtigt als auch die Türkei miteinbezogen? Und findet sich im Süden ein Weg, die Drusen und ihre Strukturen in den neuen Staat einzugliedern? Was könnte dann Israels aggressives Vorgehen und die damit einhergehende Instrumentalisierung der Drusen stoppen? Bei diesem Thema der staatlichen Einheit geht es entscheidend um zwei Regionalmächte: die Türkei im Norden und Israel im Süden. Und da Farhad Ahma über den Norden und damit die Türkei sprechen wird, lasse ich das ganz aus und schaue direkt in den Süden des Landes.

Da sehen wir, dass Israel seit dem Zusammenbruch des Assad-Regimes Hunderte von Angriffen auf militärische Infrastruktur überall im Land geflogen hat und das ohne Bedrohungslage. Das sind also Präventivschläge, die dem Völkerrecht widersprechen. Und Israel ist auch in die ursprünglich von den UN überwachte entmilitarisierte Zone auf dem Golan tief eingedrungen. Beide Staaten sind offiziell im Kriegszustand miteinander. Syrien ist das einzige Land der Region, das noch einen territorialen Konflikt mit Israel hat, weil syrisches Staatsgebiet, die Golanhöhen, seit 1967 von Israel besetzt ist. Wir haben in den letzten Monaten gesehen, dass Israel auf syrisches Staatsgebiet weiter vorgedrungen ist. Man hat mehrere Militärposten dort errichtet und dafür lokale Bevölkerung zum Teil vertrieben und auch in Dörfern Gebäude zerstört.

Diese Grafik² stammt aus einem Bericht von Human Rights Watch vom September, wo detailliert dargelegt wird, was dort passiert ist, dass die lokale Bevölkerung angegriffen, Bewohner nach Israel mitgenommen und Gebäude zerstört wurden. Das ist eine weitere Karte³, die zeigt, wie jetzt die Lage im Südwesten des Landes ist, verbunden mit den Äußerungen der israelischen Regierung, die eine entmilitarisierte Zone in den gesamten

¹ CRS - Congressional Research Service: Syria: Transition and U.S. Policy, 5. September 2025 https://www.congress.gov/crs_external_products/RL/PDF/RL33487/RL33487.180.pdf, S. 3

² HRW – Human Rights Watch: Syria: Israel Forcibly Displaces Villagers in Occupied South, 17. September 2025, <https://www.hrw.org/news/2025/09/17/syria-israel-forcibly-displaces-villagers-in-occupied-south>

³ Clash Report: Israel's Occupation in Syria [X-Account], 29. Juni 2025, <https://x.com/clashreport/status/1939391127854920086>

südlichen Provinzen des Landes fordert, mit dem Argument, dass man Minderheiten in Syrien schützen wolle, vor allem die Drusen.

Man hatte die Hoffnung, dass im Zuge der UN-Generalversammlung ein Abkommen zwischen der syrischen Übergangsregierung und Israel zustande kommen könnte. Das hat jedoch nicht funktioniert, weil die syrische Regierung zum jetzigen Zeitpunkt sagt, man müsse erst mal zum Status quo vor dem Sturz des Assad-Regimes zurückkehren. Das heißt, es muss erst mal einen Abzug der israelischen Truppen sowie die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens von 1974 geben, dem Abkommen zwischen den beiden Ländern, welches einseitig von Israel gebrochen wurde. Dieses Argument Israels in Bezug auf den Schutz der Drusen wurde sehr befeuert durch die Gewalteskalation im Juli dieses Jahres. Eine massive Gewalteskalation verbunden mit einem Massaker an drusischen Zivilisten führte zu 1.400 Toten und etwa 100.000 Vertriebenen. Die Abriegelung der Provinz Suweida hält bis heute zum Teil an. Die humanitäre Lage ist immer noch sehr schlecht. Man hat aus der Eskalation an der Küste im März 2025 wenig gelernt und so hat sich das in Suweida in ähnlicher Weise wiederholt. Man schickte die eigenen Sicherheitskräfte des Innen- und Verteidigungsministeriums, um zu deeskalieren, und es kam zu konfessionell aufgeladener Gewalt, auch von Mitgliedern der Nationalen Sicherheitskräfte. Und das hat dazu geführt, dass Teile der Provinz Suweida sich jetzt als autonom begreifen. Man hat sich hinter den drusischen Führer Hikmat al-Hidschri gestellt, er ist einer der drei Schujuch al-Akl, also der höchsten Repräsentanten der Drusen, die eigentlich Muwahidun heißen und eine späte Abspaltung im schiitischen Islam sind. Er vertritt die Mehrheit der drusischen Milizen und auch weite Teile der drusischen Bevölkerung, die ganz klar sagen, dass sie kein Vertrauen mehr in die Übergangsregierung haben. Sie fühlen sich unsicher und sagen zunehmend: Wer uns helfen möchte und uns beschützt, und sei es Israel, ist willkommen, das zu tun. Das hatte also massive Folgen für die nationale Einheit, weil sich sehr viele Menschen in Suweida von Damaskus entfremdet und die Hoffnung auf eine geeinte Zukunft verloren haben.

Wie ist es an der Küste? An der Küste gibt es viele Alawiten, die in einer prekären Lage sind, die zum Teil ihre Jobs, zum Teil auch Wohnungen verloren haben, also im Verhältnis wahrscheinlich mehr als andere Bevölkerungsteile. Das liegt daran, dass sie zum Beispiel aus bestimmten Gebieten in Damaskus vertrieben wurden, weil sie unter Assad Wohnungen bekommen hatten, die ursprünglich mal anderen Leuten gehört haben. Dieses ganze Thema der „Housing, Land and Property Rights“, der Eigentumsrechte, ist ein sehr großes. Es wurden vor Jahrzehnten Personen enteignet, damit zum Teil alawitische Mitglieder der Geheimdienste einziehen konnten und das wurde jetzt wieder rückgängig gemacht. Gleichzeitig wurden seit 2011 Hunderttausende vertrieben, darunter überwiegend Sunniten, deren Wohnungen zerstört oder konfisziert wurden. Das bedeutet, man muss bei allen Fragen des Wiederaufbaus das Thema Eigentumsrechte mit bedenken.

Grundsätzlich gilt: Wenn man diese Bevölkerungsgruppen, wie Vertreter der alawitischen Gemeinschaft oder auch der Drusen, unter Druck setzt, ihnen das Gefühl gibt, sie seien nicht geschützt, hätten wenig oder keine Zukunft im Land, dann sind diese natürlich ansprechbar für andere Kräfte. Im Falle der Drusen ist es Israel und im Falle der Alawiten sind es ehemalige Assad-Anhänger oder auch Überreste des Assad-Regimes, die im Untergrund weiter bestehen.

Die Dezentralisierung der Macht wäre ein wichtiges Signal, um der Desintegration des syrischen Staates entgegenzuwirken. Und das Thema Dezentralisierung, Föderalismus, ist ein sehr heikles für viele Syrerinnen und Syrer. Es klingt widersprüchlich, aber für viele Syrerinnen und Syrer bedeutet das früher oder später das Ende des Staates. So sehen es interesserweise auch viele Menschen in der Diaspora, also syrische Menschen, die in Deutschland leben, die sagen: Föderalismus ist schön für Deutschland, aber funktioniert in Syrien nicht. Ich denke, ein dezentrales System wäre tatsächlich die einzige Möglichkeit, Syrien mittelfristig als einen starken Staat zusammenzuhalten, der alle integriert. Nicht nur, weil es um die Einbeziehung von Kurden oder Drusen geht, sondern weil in Syrien sehr viele Menschen in den letzten 14 Jahren Erfahrung mit Selbstverwaltung gesammelt haben, da alle oppositionell kontrollierten Gebiete lokale Räte hatten, sich organisiert und sich Gedanken über Lehrpläne und ihre eigene Gesetzgebung gemacht haben. Diese gesamte Erfahrung aus den Vororten von Damaskus, den Provinzen Homs, Hama und Idlib, führt dazu, dass die Menschen mitbestimmen wollen. Man möchte nicht mehr aus Damaskus gesagt bekommen, wie man seine Alltagsgeschäfte organisieren soll, weswegen dieses Thema Dezentralisierung ein viel Größeres ist und eben nicht nur bestimmte Gruppen oder Minderheiten betrifft, sondern die gesamte Bevölkerung. Wenn Menschen vor Ort das Gefühl haben, sie können über das entscheiden, was sie konkret angeht, mindestens ihre lokalen Alltagsgeschäfte, dann führt das eher zu einer Stärkung des Staates. Das wäre mein Argument.

Innere Sicherheit

Nach 14 Jahren eines sehr brutal geführten Krieges zwischen dem Assad-Regime und verschiedenen Teilen der Bevölkerung, die von ideologisierten und radikalierten Aufständischen, die auch noch vom Ausland missbraucht wurden, befeuert wurden, ist Syrien bis heute ein Land voller bewaffneter Männer und offener Rechnungen. Das ist ein bisschen plakativ, aber es trifft eigentlich immer noch zu. Das erklärte Ziel von Übergangspräsident Ahmed Al-Scharaa ist, das Gewaltmonopol wiederherzustellen, also alle nichtstaatlichen Akteure zu entwaffnen. Er setzt dabei bis zum jetzigen Zeitpunkt vor allem auf langjährige Vertraute von HTS, Hai'at Tahrir al-Scham. Das ist sein Milizenbündnis, mit dem er in Idlib schon regiert und dort auch eine Übergangsregierung, genannt Heilsregierung - „Salvation Government“, seit 2017 errichtet hatte. Er hat also jetzt vor allem Vertreter in führende Positionen innerhalb des Sicherheitsapparates gebracht, denen er vertraut und die in Idlib Erfahrung gesammelt haben.

Es gab Ende Januar 2025 eine „Konferenz des Sieges“. Damals wurden die Strukturen des alten Regimes aufgelöst, also die Geheimdienste, die Baath-Partei, die Armee, das Parlament. Und gleichzeitig haben zu dieser Konferenz auch schon sämtliche Rebellenfraktionen und Milizen ihre Auflösung bekannt gegeben und sich in diese neue Armee, in diese neuen Sicherheitskräfte, integriert, mit Ausnahme der Syrischen Demokratischen Kräfte (Syrian Democratic Forces, SDF) im Nordosten und der drusischen Verbände in Suweida. Der neue Sicherheitsapparat, der daraufhin errichtet wurde, besteht aus drei Elementen: der Polizei der allgemeinen Sicherheit (General Security) und dem Geheimdienstdirektorat, die dem Innenministerium unterstehen, und dann gibt es noch das Verteidigungsministerium mit der neu errichteten Armee oder den verschiedenen Milizen, die darin integriert wurden, unter anderem auch verschiedene Einheiten der SNA, der Syrischen Nationalen Armee. Das sind die

von der Türkei finanzierten und trainierten Söldnertruppen, die im Norden des Landes stationiert waren oder zum Teil immer noch sind. Diese Neuordnung des Sicherheitsapparates wird sehr unterschiedlich empfunden, je nachdem, wen Sie im Land fragen.

Tendenziell fühlen sich jetzt sunnitische Araber eher sicherer oder mächtiger. Minderheiten fühlen sich eher unsicherer und es finden im Land nach wie vor regelmäßig Ermordungen und Entführungen statt, auch konfessionelle Gewalt und Racheakte. Es gab zum Beispiel im Juni dieses Jahres den ersten Terroranschlag auf eine Kirche, die Mar-Elias-Kirche in Damaskus, mit 25 Toten. Die Sicherheitslage ist nach wie vor nicht zufriedenstellend. Das Problem ist, dass dieses neue Syrien zum jetzigen Zeitpunkt ein schwacher Staat ist. Vor allem fehlt es an effektiven, professionellen Sicherheitskräften. Und das Personalproblem betrifft nicht nur das Verteidigungs- und Innenministerium, sondern im Grunde alle Ministerien. Deswegen hat man jetzt bei den Sicherheitskräften angefangen, übergelaufene Beamte oder auch überprüfte Mitglieder des früheren Regimes wieder einzustellen oder zu rekrutieren, die man am Anfang entlassen hatte. Dann findet häufig eine Prüfung statt, also man gibt seinen Militärausweis und seine Waffe ab und dann kann man sich wieder neu melden. Man wird dann nach einer Sicherheitsüberprüfung, ob man an Verbrechen beteiligt war, rekrutiert. Wo es kaum sichtbare Fortschritte in den letzten Monaten gibt, ist bei der Rekrutierung von Nicht-Sunniten aus der lokalen Bevölkerung für die örtliche Polizei und die allgemeinen Sicherheitskräfte. Das wäre jedoch sehr wichtig, denn solange man keine alawitischen Polizisten und Sicherheitskräfte hat, vor allem in Gebieten, in denen ganz überwiegend Alawiten leben, wie im Küstenhinterland, wird dieses Misstrauen vor Ort auch weiterhin verhindern, dass eine effektive Zusammenarbeit zustande kommt. In den letzten Monaten gab es einige Reformen und Umstrukturierungen, zum Beispiel neue Mechanismen, was die Rechenschaftspflicht angeht. Es wurden Leute befördert, die eine gute Arbeit gemacht haben. Es gab auch Mitglieder des Sicherheitsapparates, die Verbrechen begangen haben, die verhaftet und aus dem Dienst entfernt wurden. Das ist aber alles sehr intransparent, weswegen das Vertrauen zwischen Sicherheitskräften und Zivilbevölkerung immer noch zum Teil sehr gering ist. Es funktioniert dort gut, wo die lokalen Sicherheitskräfte in engem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Strukturen sind. Wenn es eine Bereitschaft seitens der Zivilgesellschaft gibt, mit den örtlichen Vertretern der Sicherheitskräfte zusammenzuarbeiten, diese kompetent sind und als ein Teil der örtlichen Struktur, des Stadtteils oder Dorfes wahrgenommen werden, dann funktioniert es in der Regel ganz gut. Und überall dort, wo diese Zusammenarbeit abgelehnt oder unprofessionell seitens der Sicherheitskräfte gehandhabt wird, haben wir immer noch Zwischenfälle oder ein Gefühl von Unsicherheit unter den Menschen.

Was ist Anfang März 2025 an der Küste passiert? Es gibt einen Untersuchungsausschuss der Übergangsregierung, der nicht vollständig veröffentlicht wurde, was ein wichtiger Kritikpunkt ist. Dokumentiert sind 1.426 Todesfälle unter Zivilisten, überwiegend Alawiten. Auch 238 Sicherheitskräfte sind zu Tode gekommen. Es gibt zwei weitere Berichte von Nichtregierungsorganisationen. Dieses Massaker beziehungsweise die Vorgänge an der Küste sind folglich sehr gut aufgearbeitet. Man kann gut nachvollziehen, was damals passiert ist. Das war ein koordinierter Angriff von Überresten des Assad-Regimes auf die nationalen Sicherheitskräfte, der dann zu einem unkontrollierten Angriff auf dieses Gebiet und eben auch zu Massakern an alawitischer Zivilbevölkerung geführt hat. Da ist sehr viel konfessionelle und

extremistische Gewalt ausgeübt worden und es sind seither 298 Verdächtige an die Staatsanwaltschaft überwiesen worden. Aber was jetzt konkret daraus folgt, bleibt unklar. Menschenrechtsorganisationen kritisieren einerseits mangelnde Transparenz und andererseits, dass das keine Einzelfälle sind. Es geht nicht nur darum, dass mal hier und da radikalierte Kämpfer irgendwelche privaten Rachefeldzüge führen oder Rechnungen begleichen, sondern es ist ein strukturelles Problem innerhalb dieser nationalen Sicherheitskräfte, das bisher zu wenig angegangen wird.

Die Geschehnisse im Juli in der Provinz Suweida wurden durch einen Raubüberfall auf einen drusischen Händler oder Geschäftsmann durch lokale arabische Beduinenstämme ausgelöst, es kam infolge zu Kämpfen zwischen den drusischen Milizen von Hikmat al-Hidschri, von dem erwähnten drusischen Scheich, und diesen Beduinenstämmen. Und als dann die Übergangsregierung ihre Truppen dorthin geschickt hat, um zu deeskalieren, ist es nur weiter eskaliert und es kam zu diesen wirklich furchtbaren Übergriffen gegenüber drusischer Zivilbevölkerung, auch Frauen und Kinder, und zu dieser desaströsen humanitären Lage bis heute in Suweida.

Ein großes Problem bei diesen ganzen Gewalttaten, die dann immer wieder eskalieren, sind Fake News. Das ist ein Riesenthema im Falle Syriens, weil sie sich über die sozialen Medien wahnsinnig schnell verbreiten. Und es gibt Accounts, die auch zum Teil von Russland befeuert werden, die ganz gezielt versuchen, Unfrieden zu stiften beziehungsweise verschiedene Gesellschaftsgruppen gegeneinander aufzuhetzen, die Übergangsregierung zu diskreditieren und vor allem die Spannungen zu befördern. Und es gibt Organisationen wie Verify-Sy, die versuchen, solche Informationen immer so schnell wie möglich zu überprüfen und als Fake News zu kennzeichnen. Desinformation ist also ein großes Problem innerhalb der syrischen Community, vor allem weil sehr viel über soziale Medien läuft und die Leute da auch sehr beeinflussbar sind. Übrigens ist bis heute Facebook das entscheidende soziale Medium für viele Syrer.

Ein letzter Aspekt des Themas der inneren Sicherheit ist der IS, der weiterhin präsent ist, der auch nicht geschwächt wurde. Im Gegenteil, er versucht von der Unsicherheit oder von diesem Übergangsgeschehen zu profitieren. Das ist also eine weitere Herausforderung für den neuen Staat. Die amerikanischen Sicherheitskräfte gehen davon aus, dass es immer noch mehrere 1.000 aktive IS-Mitglieder im Untergrund gibt, vor allem im Nordosten des Landes. Es sind etwa 8.500 terrorverdächtige Dschihadisten oder radikalierte junge Männer in den Gefängnissen der Selbstverwaltung im Nordosten. Und es müssen 38.000 Angehörige, überwiegend Frauen und Kinder, in den beiden Lagern Al-Hol und Roj versorgt, bewacht und wenn möglich resozialisiert werden. Dort hat sich die Lage verschlechtert, seitdem die USA das Programm USAID, also ihre internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, zurückgefahren haben. Und entsprechend dramatisch ist die Situation in den Lagern wie zum Beispiel Al-Hol. Die Selbstverwaltung hat angekündigt, das Lager auflösen zu wollen. Es sind auch immer noch 8.000 Drittstaatenangehörige, die repatriiert werden müssen, vor allem in die Türkei, nach Australien, China, Indonesien, Trinidad, Tunesien, Großbritannien und Südafrika. Das sind die Länder, die zum jetzigen Zeitpunkt sehr wenige bis gar keine eigenen Staatsangehörigen zurückgeführt haben.

Auch Österreich tut sich da nach wie vor schwer. Deutschland hat 27 Frauen, 80 Kinder und einen 20-Jährigen zurückgeführt. Andere Länder haben das auch getan. Was bisher wenig oder fast gar nicht passiert ist, ist die männlichen Kämpfer zurückzubringen, die in den Gefängnissen sitzen und die natürlich auch vor die eigenen Strafverfolgungsbehörden, vor Gerichte in ihren Heimatländern gestellt werden müssen. Im Falle Deutschlands sind es 30 bis 40 Männer, so die ungefähre Statistik. Das Problem ist, dass der IS sich in Al-Hol neu organisiert. Es gibt nach wie vor ideologisch überzeugte Anhänger-innen, auch unter den Frauen, die darauf warten, dass das Kalifat wieder aufersteht. Und die setzen andere Frauen unter Druck. Das ist das große Drama, dass man eigentlich diese Frauen, Jugendlichen und Kinder aus den Lagern rausholen sollte, die mit dem IS oder mit der Ideologie weitgehend gebrochen haben, zumindest mit der Gewalt, die damals ausgeübt wurde. Und es sind insgesamt 15.000 Syrerinnen und ihre Kinder, die resozialisiert und in eine traumatisierte und schwer zerstörte und leidende Bevölkerung innerhalb Syriens reintegriert werden müssten. Und es sind noch mal 15.000 irakische Personen, die monatlich sehr regelmäßig zurückgeführt werden in den Irak, wann immer dort Lager frei werden. Und es sind diese erwähnten 8.000 Angehörigen von Drittstaaten, die auch dringend repatriiert werden müssten.

Ich denke, dass der IS ein sehr einendes Thema sein könnte, denn er verbindet alle Akteure in diesem Land. Sowohl die Übergangsregierung als auch die kurdisch geprägte Selbstverwaltung wie auch die Türkei, die anderen Nachbarländer, westliche Staaten, die internationale Koalition gegen den IS, USA, Europa. Deswegen wäre es jetzt überfällig, nach dem Sturz des Assad-Regimes im Kampf gegen den IS effektiv zusammenzuarbeiten. Nicht nur, indem man zum Beispiel die Strafverfolgung der Verbrechen des IS angeht und Menschen endlich vor Gericht stellt. Seit 2019 ist das Kalifat eigentlich Geschichte und seit sechs Jahren sitzen Zehntausende von Menschen ohne Anklage unter unwürdigen und humanitär problematischen Bedingungen in diesen Lagern. Das ist kein Zustand. Und da braucht es dringend eine geeinte Anstrengung, eine bessere Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft. Das hat immer mit dem Argument nicht stattgefunden, dass man mit dem Assad-Regime nicht arbeiten kann. Jetzt ist das Assad-Regime Geschichte, man ist in Kontakt mit den neuen Ministerien dieser Übergangsregierung und es wäre sehr dringend, zusammenzuarbeiten und die Auflösung dieser Lager zu organisieren. Die Repatriierung und Resozialisierung der Syrerinnen mit verschiedenen Mitteln zu unterstützen, sich um die eigenen Staatsangehörigen zu kümmern und sich dafür einzusetzen, dass die Staaten dieser Welt Verantwortung für ihre eigenen IS-Anhänger übernehmen.

Politischer Übergang

Was Ahmed Al-Scharaa in den ersten Monaten bis heute versucht hat, ist, möglichst viele Menschen einzubeziehen. Er hat in den ersten Monaten viele Vertreter der Gesellschaft und viele ausländische Vertreter getroffen. Er konnte im Ausland die Vision verbreiten oder den Eindruck erwecken, dass er derjenige Politiker in Syrien sein könnte, der das Land durch diese Übergangsphase bringt und stabilisiert. Das ist auf jeden Fall gelungen. Klar ist, dass Syrien kurzfristig und auch mittelfristig keine liberale Demokratie werden wird, die zum Beispiel die Rechte von Homosexuellen schützt. Und das zu erwarten, wäre auch vermessen, wenn wir uns daran erinnern, wie lange das in Europa gedauert hat. Ich sage das immer einmal bei meinen Vorträgen, um da noch mal den eigenen Blick zu schärfen. Denn Europa hat eineinhalb

Jahrhunderte gebraucht bis man von den Idealen der Französischen Revolution, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, zum Frauenwahlrecht in Frankreich gekommen ist. Also ich möchte das nur einmal erwähnen, weil wir sehr ungeduldig sind, wenn andere Länder in dieser Zeit Revolutionen starten oder Regime stürzen und wir uns dann nach wenigen Monaten fragen: Wo sind denn die Frauen im Parlament? Wo ist die Frauenquote? Wo ist die gleichgeschlechtliche Partnerschaft? Das sind einfach Dinge, die Zeit brauchen, die auch heute noch Zeit brauchen in einer globalisierten Welt. Und deswegen sollte man sich realistisch klarmachen, dass es dauern wird und nicht bedeutet, dass alles zum Scheitern verurteilt ist, nur weil nicht in kurzer Zeit schon solche Ideale hergestellt wurden.

Das Assad-Regime war auch nicht säkular, das will ich einmal noch erwähnen. Das ist immer so ein Narrativ des alten Regimes gewesen. Auch laut der Verfassung des Assad-Regimes musste der Präsident immer Muslim sein. Die Scharia war auch damals schon eine wichtige Rechtsquelle. Das große Thema, das Europa immer beschäftigt, ist der Umgang mit anderen Religionsgruppen, also eben mit Christen oder Alawiten und Drusen. Wir haben in Syrien klare Mehrheitsverhältnisse im Gegensatz zu den Nachbarländern, also die große Mehrheit der Syrer sind sunnitische Araber. Es gibt noch drei große andere Gesellschaftsgruppen, nämlich Christen, Alawiten und Kurden, jeweils ungefähr 10 bis 12 %, grob gesagt. Und es gibt eine kleinere Minderheit von Drusen, etwa 2 %, und noch weniger Schiiten und Ismailiten im Land. Und ich würde sagen, der tiefste gesellschaftliche Graben verläuft zum jetzigen Zeitpunkt zwischen Arabern und Kurden, zwischen Alawiten und Sunnitern und eben seit dem Sommer auch leider vermehrt zwischen Drusen und Sunnitern. Um von dieser konfessionellen Spaltung weg zu kommen, benutzen Vertreter der Zivilgesellschaft den Ausdruck Assadisten, um eben nicht Alawiten zu unterstellen, dass sie sowieso alle für das Assad-Regime gewesen seien. Also es gibt den Assadismus und es gibt die Assadisten. Und damit ist dann klar, dass allein die Loyalität zum Assad-Regime entscheidend war und nicht die konfessionelle oder ethnische Zugehörigkeit einer Person.

Im Laufe des letzten Jahres haben einige Weichenstellungen stattgefunden. Ich habe es erwähnt, Ahmed al-Scharaa hat sich Ende Januar zum Übergangspräsidenten ausrufen lassen bei dieser „Konferenz des Sieges“. Und es gab dann sehr viel Kritik an der Nationalen Dialogkonferenz, die das Angebot sein sollte, alle mit einzubeziehen, um dann wiederum eine Übergangsregierung zu wählen und eine neue Verfassung auszuarbeiten zu lassen. Diese Nationale Dialogkonferenz hat im März stattgefunden und verlief sehr enttäuschend. Sie war viel zu kurz, viele Leute konnten gar nicht anreisen und das Abschlussdokument war schon vorbereitet. Es ist dann innerhalb weniger Monate eine Übergangsregierung eingesetzt worden, auch das war ein Versprechen. Diese Übergangsregierung gibt es seit Ende März, sie besteht überwiegend aus Technokraten mit unterschiedlichem Hintergrund, wobei die Schlüsselressorts Innen, Außen, Justiz und Verteidigung nach wie vor unter der Kontrolle von ehemaligen HTS-Politikern stehen. 14 der weiteren Minister haben keine Verbindung zu HTS. 11 von ihnen kommen aus der Zivilgesellschaft. Es gibt eine christliche Frau, in dem Fall die Ministerin für Arbeit und Soziales. Es sind auch wenige Minister dabei, die schon mal früher unter dem Assad-Regime, vor Beginn der Revolution und dem Krieg 2011, im Amt waren. Aber die allermeisten Kabinettsmitglieder sind sunnitische Araber.

Es ist eine Sorge von manchen, dass es mittelfristig eine Theokratie werden könnte, ähnlich wie bei den Taliban in Afghanistan. Das kann man aus den Personalentscheidungen bisher nicht ablesen. Der neue Mufti ist ein gesellschaftlich anerkannter und sehr populärer Geistlicher und Gelehrter, der auch durchaus kritisch gegenüber salafistischen Gruppen war. Auch der Minister für religiöse Angelegenheiten hat ein eher gemäßiges Islamverständnis.

Zuletzt gab es die sogenannten Parlamentswahlen. Das waren indirekte Wahlen für ein Übergangsparlament, die am 5. Oktober stattfanden. Damals wurden 2/3 indirekt über regionale Wahlgremien bestimmt. Dafür wurden Wahlleute ernannt, wiederum von einem obersten Komitee, das von Ahmed Al-Scharaa selbst ernannt wurde. Und insofern hat niemand behauptet, dass es demokratische, repräsentative Wahlen wären, weil man die zum jetzigen Zeitpunkt in Syrien nicht organisieren kann. Die Hälfte der Bevölkerung ist vertrieben, entweder im Land oder außerhalb des Landes, man hat kein Wahlregister, man hat nicht mal einen Zensus. Man weiß eigentlich gar nicht, wer sich in Syrien wo befindet. Das Land ist schwer zerstört. Deswegen kann man zum jetzigen Zeitpunkt keine allgemeinen demokratischen Wahlen abhalten. Man wollte aber trotzdem eine Legislative, also ein Parlament, schaffen, weil die Alternative wäre, dass Ahmed Al-Scharaa per Dekret regiert. Auch das wollte man nicht, deswegen gibt es jetzt ein Parlament, das noch nicht angefangen hat zu arbeiten. Die Ergebnisse waren sehr frustrierend, weil nur sehr wenige Frauen gewählt wurden, obwohl es 20 % sein sollten; auch sehr wenige Vertreter von Christen und Kurden. Und die beiden genannten Landesteile, also der Nordosten und der Süden, die Provinz Suweida, sind gar nicht mit eigenen Leuten vertreten. Da sind jetzt Plätze im Parlament freigehalten worden, wenn dort Vertreter dieser Regionen nachrücken sollten.

Eine Sache hatte ich gerade noch vergessen, nämlich die Verfassungserklärung, die Ahmed Al-Scharaa erlassen hat. Die wird nämlich auch deutlich kritisiert. Darin sind zwar Menschenrechte und Gewaltenteilung genannt und anerkannt, aber sie bündelt sehr viel Macht beim Präsidenten selbst. Und sie ermöglicht auch wieder das Verhängen eines „state of emergency“, also eines Ausnahmezustands. Und das erzeugt Skepsis bei Syrern, denn das Assad-Regime hat viele Jahrzehnte per Ausnahmezustand regiert. Das ist nur eine theoretische Möglichkeit, aber es gibt sie. Außerdem steht noch immer ein Parteiengesetz aus. Und das ist ein ganz wichtiger Kritikpunkt. Denn wenn dieser Übergang tatsächlich glaubwürdig zu mehr Demokratie führen soll, muss man den Menschen die Möglichkeit geben, sich politisch zu organisieren. Dafür braucht es ein Parteiengesetz, was bisher weiter aufgeschoben wurde und kein gutes Zeichen dafür ist, dass es tatsächlich ernst gemeint ist mit mehr Pluralismus. Wir sehen also, dass die politische Entwicklung mittelfristig auf ein System hinausläuft, das autoritär ist und das die Macht weiter zentralisiert und monopolisiert, sowohl in Damaskus als auch in den Händen von Übergangspräsident Al-Scharaa selbst. Daher wird es ganz entscheidend von seiner Person abhängen, ob überhaupt in drei bis fünf Jahren demokratische Wahlen stattfinden oder nicht.

*Wirtschaftliche Lage und Lage von Rückkehrer*innen*

Die Lage ist fast ein Jahr nach dem Sturz des Regimes unverändert beziehungsweise zum Teil noch schlechter geworden, verschärft dadurch, dass manche Leute ihren Job verloren haben. 90 % der Syrerinnen und Syrer leben immer noch in Armut. Es sind mehr als 16 Millionen weiterhin auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Hälfte der Bevölkerung ist vertrieben. Und dem

Bericht von UNDP⁴, also der Entwicklungsagentur der Vereinten Nationen, kann man entnehmen, dass 1/3 der Gesundheitszentren und fast 1/3 aller Wohneinheiten zerstört oder schwer beschädigt sind. 5,7 Millionen Menschen sind auf eine Unterkunft angewiesen, weil sie keine eigene mehr haben. Mehr als die Hälfte der Wasseraufbereitungsanlagen, der Abwassersysteme sind zerstört oder schwer beschädigt. Die Energieproduktion ist um 80 % zurückgegangen. Die wenigen Erdöl- und Erdgasvorräte, die Syrien hat und die im Nordosten lagern, reichen nicht für den Eigenbedarf. Und eine sehr erschreckende Zahl: 40-50 % der schulpflichtigen Kinder zwischen sechs und 15 Jahren gehen nicht zur Schule, was sich auch im Stadtbild zeigt, weil es ganz viele bettelnde Kinder gibt. Das hat mich wirklich schockiert, als ich im April dort war.

Zum Thema Bildung: ich war in verschiedenen Schulen, in verschiedenen Regionen und das Bildungssystem ist tatsächlich eine ganz große Herausforderung. Jahrzehntelang hatten die Kinder in Syrien ohnehin schon das Gefühl, morgens in ein Gefängnis zu gehen, weil die Fenster von Schulen vergittert sind. Das ist eigentlich die beste Mädchenoberschule von Damaskus, gilt sozusagen als gut ausgestattete staatliche Eliteschule im Zentrum von Damaskus. Und die staatlichen Schulen sind in den ehemaligen Regime-Gebieten im Grunde verwahrlost. Die Lehrer und Lehrerinnen sind unterbezahlt, überfordert, hatten große Angst, waren ja auch selbst betroffen von diesem Krieg. Die Schüler sind hungrig in die Schule gekommen, sind gestresst, psychisch instabil, Fenster sind kaputt, Flure, Toiletten schmutzig. Die Pausenhöfe sind hässlich. Im Winter fror man, weil es kein Diesel für diese Öfen gab, die in jedem Klassenzimmer stehen. Und wenn dann die Schüler, die einen recht wohlhabenden Hintergrund haben, vorgeschlagen haben, selber Diesel mitzubringen, dann wurde das vom Assad-Regime verboten. Im Sommer schwitzt man wahnsinnig. Also es ist eine katastrophale Lage. Und wer es sich leisten kann, der bezahlt eine Privatschule für die eigenen Kinder und dann wird auch noch Geld für die Prüfungsbögen gezahlt, man besticht die Beamten. Deswegen ist das Bildungsniveau stark gesunken. Und dieses eigentlich gute Bildungsniveau, für das Syrien auch bekannt war, vor allem im Bereich von Naturwissenschaften, ist einfach sehr gesunken und eigentlich braucht das ganze Bildungssystem einen kompletten Neustart. Es gibt natürlich örtlich große Unterschiede. Das sind jetzt die Schulen in den Vororten von Damaskus, in Irbin, bekannt dafür, dass dort die Schulen einige Jahre lang unterirdisch waren. Das ist eine unterirdische Schule, die ich mit der ehemaligen Englischlehrerin besucht habe, die auch nach wie vor unterrichtet.

Wenn Kinder nicht zur Schule gehen können, werden auch Familien mit Kindern nicht zurückkehren können. Und unter den geflüchteten Syrern in Europa sind ganz überwiegend Familien mit schulpflichtigen Kindern. Vielleicht noch interessant zu dem Punkt: Die besten Schulen und Krankenhäuser Syriens stehen ganz im Norden, an der Grenze zur Türkei, in der Provinz Idlib oder auch im nördlichen Aleppo. Warum? Weil das die einzigen sicheren Gebiete

⁴ UNDP - UN Development Programme: The Impact of the Conflict in Syria; A Devastated Economy, Pervasive Poverty and a Challenging Road Ahead to Social and Economic Recovery, 19. Februar 2025
https://www.ecoi.net/en/file/local/2122342/undp-sy-seia-final-24022025_compressed.pdf

waren, die nicht durch die russische oder syrische Luftwaffe bombardiert wurden. Ich habe dort im Norden die beste orthopädische Klinik besucht, wohin die kompliziertesten Brüche geschickt werden. Das ist geografisch sehr unlogisch, dass diese Kliniken sich ausgerechnet ganz im Norden befinden. Und in der Nähe von Azaz, diesem großen Flüchtlingslager, habe ich eine sehr beeindruckende Schule besucht, die nach modernster Pädagogik, nach Montessori-Prinzip, funktioniert. Da gibt es mehrere Schulen. Warum stehen die da? Weil die internationale Gemeinschaft, vor allem NGOs, syrische Vereine, syrische NGOs das finanziert und aufgebaut haben. Mit Know-How, Mitteln und Technik aus dem Ausland. Man würde sich wünschen, dass diese ganzen Erfahrungen jetzt im ganzen Land übernommen werden. Und das war auch noch mal interessant zu sehen, dass ausgerechnet im Norden sehr viel Expertise existiert und nicht in Zentralsyrien, wo dieses System sehr schwer zerstört ist.

Kommen wir zur Frage der Rückkehr der Geflüchteten. Es sind zum jetzigen Zeitpunkt laut UNHCR eine Million Syrer zurückgekehrt, ganz überwiegend aus den Nachbarländern, also dem Libanon und Jordanien, zum Teil aus dem Irak und aus Ägypten. Und aus der Türkei sind seit 2016 schon mehr als eine Million zurückgekehrt. Es kehren die Menschen zurück, die unter einem sehr großen Druck stehen, weil sie gar keine Perspektive haben. Allein im Libanon sind die meisten syrischen Geflüchteten illegal, haben keine Aufenthaltspapiere. Diese Leute kehren zuerst zurück, das sind 17 % der eine Million ins Ausland geflüchteten Syrer. Es ist also immer noch ein kleiner Teil, fast ein Jahr nach dem Sturz des Regimes. UNHCR befragt sehr regelmäßig die Leute, ob sie zurückkehren wollen und 80 % der Menschen sagen inzwischen, dass sie irgendwann zurückwollen. Die niedrigste Quote ist im Irak, weil die Menschen, die aus Syrien in den Irak geflohen sind, häufig aus dem Nordosten kommen und sich dort die Lage eben noch gar nicht wirklich verbessert hat. Im Schnitt wollen 80 % zurück, aber nur 18 % wollen im Laufe des nächsten Jahres zurück, weil sie den Eindruck haben, dass es sicher genug ist und sie eine Grundlage haben, auf der sie sich ein würdevolles Leben aufbauen können. 60 % sagen, dass sie sich einen Go-and-see-Besuch wünschen, bevor man zurückkehrt. Also die große Mehrheit sagt: Wir wollen erstmal hinfahren können und sehen, was in unserem Heimatort los ist. Haben wir da noch ein Haus? Gibt es dort eine Schule? Also sich ein Bild machen, bevor man dann beschließt, mit der ganzen Familie zurückzukehren.

Die Idee, Menschen Geld dafür zu geben, dass sie zurückkehren, ist eine sehr naive und zeugt auch von großer Unkenntnis. Der Libanon will das auch gerade versuchen und will 100 US-Dollar pro Rückkehrer zahlen. Zypern überlegt gerade, 1.000 US-Dollar pro Haushalt zu bezahlen und bietet dann noch Flugtickets und Bustickets über Jordanien zurück nach Syrien an. Das bringt laut der UNO nicht viel, weil die Lebenshaltungskosten in Syrien für eine fünfköpfige Familie im Schnitt gerade bei 200 US-Dollar im Monat liegen. In Damaskus kostet eine durchschnittliche Wohnung 400-500 US-Dollar Miete. Also das ist lächerlich, wenn jetzt deutsche oder österreichische Minister meinen, dass man mit ein paar 100 oder 1.000 Euro irgendwelche Syrer davon überzeugen könnte, zurückzugehen. Was die Binnenvertriebenen angeht, die IDPs, da sind 1,8 Millionen jetzt bis September zurückgekehrt. Das sind fast 1/4, also 24 %.

Wie geht es diesen Zurückgekehrten, also den intern Vertriebenen? Ich bin in den Norden in eines dieser Flüchtlingslager an der Grenze zur Türkei gefahren und habe dort Leute getroffen, die jetzt zurückkehren. Die Grenze zur Türkei ist voller solcher Flüchtlingsstädte. Und wie läuft diese Rückkehr ab? Das ist zum jetzigen Zeitpunkt sehr ungeordnet, es ist eine chaotische

Rückkehr. Wer es sich leisten kann, wer Geld hat für einen kleinen Pick-up, um seine Sachen aufzuladen, der fährt dann in seinen Heimatort, wenn er noch ein Haus mit Dach hat. Das ist ein entscheidendes Kriterium. Oder Menschen, die Land haben. Ich habe landwirtschaftlich aktive Menschen getroffen, die sagen, sie fahren jetzt, weil ihre Olivenbäume dort noch stehen oder sie irgendwas ernten wollten. Und dann kehrt man häufig zurück, indem man sein Zelt und alles mitnimmt, was man noch nutzen kann, um dann neben dem zerstörten Haus erstmal das Zelt aufzubauen. Die Leute kehren also nicht zurück in irgendein frisch renoviertes Gebäude, sondern in das, was davon übrig ist. Man möchte aber trotzdem in der Heimat sein, um anzufangen, sich da irgendwie wieder eine Existenz aufzubauen. Je nachdem, ob man eben die finanziellen Mittel hat oder nicht.

Das große Drama ist das, was zurückbleibt, nämlich ein schwer zerstörtes Flüchtlingslager. Das sieht aus wie nach einem Bombenangriff, weil diese Rückkehrer alles mitnehmen, was sie gebrauchen können. Jede Tür, jeder Holz- oder Fensterrahmen, jedes Rohr, jede Leitung, alles wird rausgerissen und mitgenommen, weil man das ja alles beim Aufbau der eigenen Wohnung im Heimatort gebrauchen kann. Und deswegen sehen wir jetzt an der Grenze völlig verwahrloste und halb zerstörte Flüchtlingslager, in denen auch viele Menschen zurückbleiben, nämlich in erster Linie Witwen und Kinder. Ich habe hier eine getroffen. Eine Frau mit fünf Kindern, die nicht das Geld hat, in ihren Heimatort zurückzukehren. Die zwar dort ein zerstörtes Haus hat, aber sich das nicht leisten kann. Ihr Mann ist an einem Herzinfarkt gestorben und liegt dort auf dem örtlichen Friedhof. Das ist ein Riesenproblem, dass in den Geflüchtetenlagern im Norden Syriens eine große Zahl von Menschen zurückbleibt, um die sich auch niemand mehr richtig kümmern wird, weil jede humanitäre Organisation, jede NGO, vor der schwierigen Entscheidung steht: Gehe ich mit den Rückkehrern und baue dort eine Infrastruktur auf oder versorge ich weiterhin humanitär die Menschen in den Lagern? Die meisten Organisationen können sich nicht beides leisten.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei dem Thema Rückkehr sind außerdem Landminen und Kampfmittelrückstände. Syrien zählt zu den am meisten verseuchten Ländern mit den schwersten humanitären Folgen dieser Rückstände. Es gab 650 Zwischenfälle mit Minen in den ersten neun Monaten dieses Jahres und 570 Tote. Kinder sind besonders betroffen von diesen Landminen. Die am meisten verseuchten Regionen sind der Nordwesten, Daraa, das ländliche Homs und der Euphrat-Korridor.

Ein großes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind die Sanktionen gewesen. Die sektorgebundenen Sanktionen durch Europa und die USA wurden eigentlich aufgehoben, aber es gibt noch immer die Caesar Sanctions, die Sekundärsanktionen der USA, die jeweils nur für sechs Monate ausgesetzt, aber noch nicht aufgehoben wurden (nachträgliche Anmerkung: Der US-Senat hat die Caesar Sanktionen am 17.12.2025 grundsätzlich aufgehoben). Und das ist der Hauptgrund, weswegen die ganzen versprochenen Investitionen, unter anderem auch von saudi-arabischen Investoren, und die diversen Memoranda of Understanding mit großen Versprechungen in Milliardenhöhe, noch gar nicht begonnen wurden. Also da ist noch nichts in Gang gekommen, weil die Investoren und auch andere Staaten unsicher sind, ob die USA diesen Caesar Act wirklich aufheben oder ob er weiterhin nur temporär ausgesetzt wird. Das ist also eine große Unsicherheit, die zum jetzigen Zeitpunkt verhindert, dass versprochene Investitionen überhaupt ausgezahlt werden. Syrien ist

auch noch immer nicht an das SWIFT-System angeschlossen. Wenn meine Informationen stimmen, dann hat man immer noch Probleme, Geld nach Syrien zu transferieren. Man kämpft auch schon seit vielen Jahren mit einer sehr hohen Inflation.

Der Staatssektor ist eine Betrachtung wert, weil er der größte Arbeitgeber in Syrien ist. Er ist sehr aufgebläht, muss dringend reformiert werden. Man hat Anfang 2025 festgestellt, dass mehrere 100.000 Menschen Gehälter bekommen, die gar nicht zur Arbeit gehen. In einem ersten Schritt musste man erstmal eine neue Datenbank anlegen und nur 900.000 der insgesamt 1,3 Millionen Beamten kommen tatsächlich zur Arbeit und sind jetzt in diese Datenbank aufgenommen. Man hat Menschen sehr unkoordiniert, zum Teil auch willkürlich entlassen. Da sind vor allem auch Alawiten entlassen worden, immer mit dem Vorwurf, dass man korrupt sei, sich bereichert oder der Bevölkerung geschadet hätte. Es wurden auf der anderen Seite Leute wieder eingestellt, auch ehemalige Staatsbedienstete, die damals von Assad entlassen wurden, die sich z. B. an der Revolution beteiligt hatten. Es sind 14.000 Menschen eingestellt worden, vor allem im Bildungsministerium. Es gibt sehr unterschiedliche Entwicklungen von Ministerium zu Ministerium. Fest steht, dass die gesamte öffentliche Verwaltung dringend reformiert werden muss, weil die Strukturen auch über Jahrzehnte so eingespielt sind, dass sie ganz schwer aufzubrechen sind und es wird dauern, da etwas zu verändern.

Ein großes Potenzial stellt die syrische Diaspora dar, die aus sehr vielen erfolgreichen Unternehmern, NGO-Gründern, Juristen, Medizinern, Ingenieuren und allen möglichen Fachkräften besteht. Da ist die Frage, wie stark diese Expertise in Damaskus eingebunden wird. Das passiert hin und wieder mit einzelnen Personalien. Auch da ist der Vorwurf, dass zu wenig Leute gehört werden, die ein Verständnis von Demokratie und Pluralismus haben. Leute, die wirkliche Wirtschafts- und Verwaltungsreformen anleiten könnten. Die Sorge ist, dass keine transparente und soziale Wirtschaftspolitik entsteht, die dem Wohle aller dient, sondern eine eher korrupte, auch neoliberalen Günstlingswirtschaft, die wiederum den Wohlstand einiger vermehrt und soziale Ungleichheit noch mal fortschreibt. Auch wenn Ahmed al-Scharaa gerade angefangen hat, die Korruption zu bekämpfen und gegen einige Verbündete und Vertraute vorgegangen ist.

Übergangsjustiz

Ich war im Saydnaya-Gefängnis, ein sehr furchterregender und bedrückender Ort. Und ich würde sagen, die größte Herausforderung Syriens zum jetzigen Zeitpunkt und für die Zukunft ist wahrscheinlich die Aufarbeitung der Vergangenheit. Denn dieses über Jahrzehnte erlittene Unrecht, die systematischen Verbrechen des Assad-Regimes, aber auch 14 Jahre Krieg mit der Gewalt von nichtstaatlichen Akteuren muss dokumentiert, aufgeklärt und vor Gericht verhandelt werden. Und mindestens die Hauptverantwortlichen dieser Verbrechen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, weil sonst kein Gefühl von Gerechtigkeit entsteht. Dieses Gefühl von Gerechtigkeit braucht man jedoch, um sich verzeihen zu können. Gesellschaftliche Aussöhnung wird erst stattfinden, wenn Verantwortliche vor Gericht gestellt wurden.

Die neue Übergangsregierung hat das versprochen. Das gelingt aber nur sehr beschränkt, weswegen es nach wie vor Fälle von Selbstjustiz gibt. Die Übergangsregierung hat weder das

Personal noch die Expertise für eine juristische Aufarbeitung dieser Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deswegen ist sie massiv auf Unterstützung von außen angewiesen, von der syrischen Zivilgesellschaft, von verschiedenen internationalen Nichtregierungsorganisationen und Vereinen, die genau zu diesem Thema seit langem arbeiten, und auch von zuständigen UN-Behörden. Die größte Herausforderung ist, diese ganzen Erfahrungen, Bemühungen und Initiativen im Bereich Dokumentation in Damaskus mit den UN-Mechanismen zu koordinieren. Und da gibt es erste Versuche, aber das ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so weit vorangeschritten. Es sind im Mai 2025 zwei Kommissionen gegründet worden, die Nationale Kommission für Vermisste und die Übergangsjustiz-Kommission. Das Problem ist, dass diese Übergangsjustiz-Kommission nur für die Verbrechen des Assad-Regimes zuständig ist, aber nicht befugt ist, auch die Gewalt von anderen Akteuren zu untersuchen, z. B. von HTS in Idlib oder auch vom sogenannten IS, also dem Islamischen Staat, oder auch den Milizen der Türkei oder von ausländischen Staaten. Außerdem werden die Betroffenen, also Opfer oder Angehörige von Opfern, auch zu wenig miteinbezogen. Das ist bei beiden Kommissionen ein Vorwurf.

Was die Strafverfolgung angeht, so kann man allgemein sagen, dass es direkt nach dem Sturz des Regimes bei Strafprozessen Unregelmäßigkeiten gab, aber inzwischen laufen normale Strafverfahren auch gegen schwere Straftaten wieder an. Da hat sich in den Verfahren noch gar nicht so viel geändert. Was sich geändert hat, ist, dass es keine Terrorismusgerichte mehr gibt. Die wurden abgeschafft. Auch die Militärgerichte sind weiterhin ausgesetzt und die Prozesse werden nach der alten Strafprozessordnung durchgeführt. Ein Angeklagter, der sich keinen Anwalt leisten kann, muss einen Pflichtverteidiger bekommen. Es ist aber unklar, ob das vor Ort in der Praxis immer eingehalten wird. Die Dauer der Untersuchungshaft überschreitet regelmäßig die zugelassene Dauer, weil es unzureichende Haftplätze gibt oder auch eine gestiegene Zahl von Häftlingen. Und diese Bemühungen, Übergangsjustiz einzuleiten beziehungsweise das Justizsystem selbst aufzuarbeiten, hat dazu geführt, dass dutzende ehemalige Richter der Terrorismusgerichte, Militärrichter oder Militärstaatsanwälte entlassen und auch strafrechtlich verfolgt wurden. Aber es gibt leider wenige Informationen über die Details dieser Aufarbeitung innerhalb des Justizsystems. Es sind einige wenige hochrangige Angeklagte jetzt vor Gericht gestellt oder es ist angekündigt, dass sie vor Gericht gestellt werden, aber da ist auch noch nicht klar, ob das ein faires Verfahren sein wird. Zugleich sehen wir, dass aus der Diaspora Juristen in Syrien sind und schon erste Workshops durchführen. Eine Weiterbildung hat also angefangen, aber das dauert natürlich noch, bis man einen gesamten Justizapparat so reformiert hat, dass er wirklich nach rechtsstaatlichen Maßstäben funktioniert.

Es werden immer wieder Massengräber entdeckt. Ich möchte zum Abschluss darauf hinweisen, dass tatsächlich fast jede Familie in Syrien von diesen Verbrechen von Verschwindenlassen betroffen ist. Es sind mehr als 100.000 Menschen noch verschwunden. Im größten Massengrab des Landes in Qutayfa, schätzen Experten, liegen mindestens 100.000 Leichen begraben. Das sind alles Menschen, die noch nicht identifiziert sind. Fast jede Familie hat Angehörige verloren. Das Assad-Regime hat sehr detailliert dokumentiert, welche Verbrechen es begeht, und es gibt schriftliche Dokumente, Befehle in den Gefängnissen und in den Geheimdienstzentralen, die ausgewertet werden müssen. Diese Dokumente sind wichtig, weil sie Grundlagen für zukünftige Prozesse sind und weil sie Gewissheit für sehr viele Angehörige bringen, die nach

wie vor nicht wissen, was mit ihrem Sohn, ihrem Bruder, ihrem Vater passiert ist. Zum jetzigen Zeitpunkt hat sich auch noch niemand entschuldigt für das, was passiert ist. Es gibt also ein sehr gering ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein innerhalb des Landes. Jeder fühlt sich als Opfer und hat gelitten, was auch ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist.

Abschließend würde ich sagen, dass das Land vor riesigen Herausforderungen steht. Ob diese Übergangsregierung in der Lage ist, entscheidende Fortschritte zu machen, bleibt abzuwarten. Man muss es kritisch begleiten, würde ich argumentieren. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Vision von Übergangspräsident Ahmed Al-Scharaa eine autoritäre, eine zentralistische. Nationalismus, Panarabismus und Islamismus sind Ideologien, die ein Land nicht unbedingt in eine pluralistische Demokratie verwandeln. Aber wir werden erst in drei bis fünf Jahren wissen, ob er bereit ist, Macht abzugeben und ob es tatsächlich zu einer Entwicklung und zu mehr Mitbestimmung kommt. Das kann man nicht abschließend beantworten.

Man muss nur als ausländischer Staat eine Position gegenüber Syrien finden. Und da ist die Vision der meisten Staaten, dass man den Übergang in Syrien schützen möchte. Man möchte auf jeden Fall den Übergang irgendwie begleiten, um zu verhindern, dass Syrien wieder in einen offenen Krieg abrutscht, was zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht auszuschließen ist. Deswegen klammert man sich daran, dass dieser Übergang potenziell in eine bessere und stabilere Zukunft führt.

Im Grunde muss sich jede Syrerin, jeder Syrer entscheiden. Auch zivilgesellschaftliche Akteure stehen vor dieser schweren Entscheidung: Mache ich mit und gehe rein in den Übergangsprozess, um mitzubestimmen und in meinem Sinne mitzugestalten? Oder lehne ich diese neue Führung komplett ab und sage, das sind alles Dschihadisten und Islamisten, die eine neue Diktatur wollen. Und was mache ich dann? Will ich dann wieder kämpfen? Verlasse ich das Land? Was ist die Alternative?

Zum jetzigen Zeitpunkt ist Ahmed Al-Scharaa eine Figur, die sehr viele Leute im Land hinter sich vereinen kann. Zwar nicht alle Menschen, aber viele und eben auch die ganzen radikalen Elemente in den Reihen der verschiedenen früheren Milizen. Und deswegen sagt vor allem das Ausland, dass er jetzt die Figur ist, auf die man erstmal bauen kann, aber die man am besten auch kritisch begleiten muss, indem man vor Ort zivilgesellschaftliche Kräfte unterstützt, die Freiräume für Dialogkonferenzen und Konferenzen zu Frauenrechten offenhalten. Da könnte das Ausland und insbesondere Europa auch eine große Rolle spielen, solche Formate nicht nur zu finanzieren, sondern vor Ort auch zu stützen, indem zum Beispiel diplomatische Vertreter an solchen Konferenzen teilnehmen und man dadurch ganz klar sagt: Wir sehen das, wir schauen zu und wir wollen, dass genau diese Freiräume erhalten bleiben und nicht durch eine neue autoritäre Führung wieder geschlossen werden.

Q&A

Warum haben die Regionen Nordost und Suweida keine Vertretung im Übergangsparlament, also wieso wurden aus diesen Regionen keine Wahlleute ernannt?

Kristin Helberg: Diese Regionen sind nicht unter Kontrolle der Übergangsregierung in Damaskus. Das heißt, es gibt kein Abkommen mit ihnen. Es sind im Grunde faktisch autonome

Gebiete mit eigenen Verwaltungsstrukturen. Im Nordosten und in Suweida hat sich durch diese Massaker im Juli herauskristallisiert, dass die Gebiete nicht mehr unter Kontrolle der Zentralregierung sind und deswegen wurden dort keine Wahlleute ernannt. Es gab keinen Prozess, der Leute dort ernannt hätte, und die Regionen selber lehnen das auch ab. Man sagt, man möchte zum jetzigen Zeitpunkt nicht Teil dieses Parlaments sein, weil man noch keinen Weg gefunden hat, wie man Teil dieses neuen Syriens werden kann.

Der deutsche Außenminister hat bei einem Besuch in Damaskus gesagt, dass angesichts der Zerstörungen dort eigentlich eine Rückkehr nicht möglich ist. Daher kommt die Frage, ob es in anderen Teilen des Landes ähnlich ist und wie es mit der Unterbringung der bisher zurückgekehrten Flüchtlinge aussieht. Gleichzeitig hat das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) festgestellt, dass man sich in Damaskus niederlassen kann und dass auch eine interne Fluchtalternative für Leute besteht, die vorher nicht in Damaskus gelebt haben. Wie schaut das nach Ihrer Einschätzung aus?

Kristin Helberg: Das Komplizierte ist, dass es keine allgemeingültigen Aussagen für ganz Syrien gibt. Syrien war viele Jahre für das BAMF in Deutschland und die entsprechenden österreichischen Behörden ein sehr einfaches Land, weil man unter Assad Pauschalaussagen zu diesem Land treffen konnte. Das gilt nicht mehr, deswegen muss man jetzt zurückkehren zu dieser Einzelfallprüfung. Es ist tatsächlich sehr unterschiedlich. Sie können nach Syrien fahren - das konnten Sie übrigens den ganzen Krieg über - und keine zerstörten Stadtteile sehen, Kaffee trinken in Latakia und Frauen Kinderwagen herumschieben sehen und denken: Ach, Syrien ist sicher, wir können alle zurückschicken. Deswegen habe ich das vorhin geschildert, ein Drittel der Wohneinheiten sind schwer zerstört, aber nicht das ganze Land. Wenn man im Zentrum von Damaskus landet, sieht es da auf den ersten Blick aus wie immer. Es gibt keine Zerstörung im Zentrum von Damaskus. Bedeutet das, dass ich Leute jetzt wieder zurückschicken kann? Das ist eben die nächste Frage: Wie sicher fühlen sich die Menschen? Und auch da gibt es wieder große Unterschiede. Aus welcher Region komme ich? Welche Rolle habe ich vorher gespielt? Welcher Religion oder ethnischen Gruppe gehöre ich an? Was ist mit den ehemaligen Kriegsdienstverweigerern? Da gab es mal eine generelle Regelung, die jetzt nicht mehr greift. Das ist sehr kompliziert, weswegen diese Behörden sich den Einzelfall angucken müssen. Und die Leute haben zum Großteil noch keine Infrastruktur, die ihnen die Rückkehr ermöglicht. Also die, die geflohen sind, sind die, die bombardiert wurden. Das heißt, deren Heimatorte sind die schwer zerstörten. Die, die nicht so massiv zerstört wurden, die unter dem Regime gelebt haben und deswegen nicht bombardiert wurden, sind ja in der Regel dortgeblieben. Da gibt es natürlich auch Ausnahmen, aber die große Zahl der Geflüchteten sind diejenigen, die aus den schwer zerstörten Gebieten geflüchtet sind. Und die stehen tatsächlich vor Ruinen. Wenn ich im Land vertrieben bin und in einem schrecklichen Lager an der Grenze zur Türkei lebe, dann nehme ich mein Zelt und stelle es neben mein Haus. Wenn ich im Libanon lebe und jeden Tag Angst habe, von der Polizei aufgegriffen und zurückgeschickt oder verprügelt zu werden und keinen Job bekomme, sage ich: ich sterbe lieber in meiner Heimat, als in der Fremde so erniedrigt zu werden. Das sind andere Motivlagen als von Syrern in Europa, die sich hier sicher fühlen und sich hier auch womöglich etwas aufgebaut haben. Das ist für mich die große Frage: Wie lässt sich die Rückkehr so organisieren, dass alle Seiten davon profitieren und das irgendwie realistisch ist?

Die Rückführung gegen den Willen von Menschen in ein Land, das so schwer zerstört ist, wird Syrien destabilisieren, nicht stabilisieren. Wenn also unser Ziel ist, Syrien zu stabilisieren, mittelfristig und langfristig, dann sollte man sich sehr gut überlegen, wie diese syrische Diaspora eine konstruktive Rolle spielen kann. Es gibt sehr viele Syrerinnen und Syrer in Deutschland, auch in Österreich, die sich in ihrer Heimat engagieren wollen, die auch schon zum Teil aktiv sind. Es können aber zum jetzigen Zeitpunkt nur die hinfahren, die die deutsche oder österreichische Staatsangehörigkeit haben. Alle anderen mit subsidiärem Schutz können nicht fahren, weil sie ihren Aufenthaltsstatus verlieren. Und da ist dieser Denkfehler der Innenministerien in Deutschland und Österreich, die sagen, die Syrer sind eine Last und "stören das Stadtbild". Wir sollten Menschen, die in der Lage sind, etwas zu tun, die die Filiale ihres Restaurants dort wieder eröffnen wollen, die in Europa studiert haben, dabei unterstützen, ihr Land zu stabilisieren. Man kann die aber nicht zwingen, mit ihren drei Kindern zurückzukehren. Warum zwinge ich einen syrischen Unternehmer, der eine Frau und drei Kinder hier in der Schule hat, jetzt nach Syrien zurückzugehen? Das ist unrealistisch. Der könnte aber hinfahren, pendeln und sich überlegen, was es im Heimatland gibt, wie dort die Lage ist, wie er seine Fähigkeiten einbringen kann. Und dann kann er mittelfristig, wenn es in dem Ort wieder eine Schule gibt oder eine Gesundheitsstation, mit der Familie zurückkehren, wenn die Kinder die Sprache überhaupt auf einem Niveau sprechen, dass sie dort in die Schule gehen können.

Ein Großteil der geflüchteten Syrer sind ja Kinder und Jugendliche, die, wenn sie jünger als 20 sind, gar keinen Bezug zu ihrem Land haben, weil sie seit ihrer frühesten Kindheit auf der Flucht waren oder in Europa gelebt haben. Die wollen gerne die Oma dort besuchen, aber wollen sie in Syrien Abitur machen? Also die Vorstellung, dass da einfach nur eine ganz große Gruppe junger syrischer Männer zurückgeschickt werden muss, damit Europa sicher wird, ist eine populistisch und innenpolitisch mit großer Symbolik geführte Debatte, die an der Realität vorbeigeht.

Aber es ist ja tatsächlich ein verbreitetes Profil, alleinstehende junge Männer arabischer Volkszugehörigkeit, Sunnitnen. Es stellt sich jetzt die Frage, ob sie die Möglichkeit haben, ihr Existenzminimum bei einer Rückkehr zu sichern. Also kommen die irgendwo unter, wenn Sie in Damaskus ankommen? Kann man sich ungefähr ein Minimum von Existenz leisten? Haben Sie da eine Einschätzung dazu?

Kristin Helberg: 16 von 20 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Jeder, der dort landet, braucht humanitäre Hilfe, wenn er sich nicht irgendwie selbst versorgt. Es kommt darauf an, was das für ein junger Mann ist. Hat er in Europa gearbeitet? Hat er gerade IT studiert? Dann kann er vielleicht bei einer NGO in Damaskus arbeiten. Das ist jetzt mal einfach formuliert. Was ist das für eine Person? Ein sunnitisch-arabischer junger Mann, 22, der einen Abschluss hat, der keinen Abschluss hat? Es gibt in Syrien keine Arbeitgeber, die darauf warten, derzeit eine Person zu einem Lohn einzustellen, mit dem sie sich wahrscheinlich ihre Existenz sichern kann. Ich kann keine allgemeingültige Aussage darüber machen. Da wartet jetzt keiner in Damaskus darauf, Gehälter zu zahlen, im Gegenteil, die Menschen können ihren Alltag nicht selbst finanzieren. Wie gesagt, 90 % leben in Armut.

Die Vorstellung ist, dass der, der aus Europa kommt, Geld mitbringt. Das sind diejenigen, die Finanzierung und Know-how mitbringen, die das Land wieder stabilisieren sollen. Also eine

Person, die nichts beitragen kann und erstmal auf humanitäre Hilfe angewiesen ist, ist natürlich nicht wirklich eine Unterstützung und wird auch vor Ort wahrscheinlich große Probleme bekommen. Das hängt dann entscheidend von der Familie ab. Hat die Person irgendwo Familie? Wohnt der jetzt bei seinem Onkel? Ich kann das nicht allgemein beantworten. Und ich warne davor, allgemeingültige Aussagen zu machen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, indem man sagt: Ja, die Alawiten sind jetzt alle in Gefahr und die Sunniten sind alle sicher. So einfach ist es nicht. Es gibt Tendenzen in der Wahrnehmung dieser Gruppen, die berechtigt sind. Aber pauschale Einordnungen sind schwierig. Ich weiß, alle Behörden wollen das jetzt so machen, weil sie unter Druck sind, zurückzuführen oder Aussagen zu tätigen, aber der Einzelfall ist entscheidend.

Gibt es humanitäre Hilfe für Leute, die zurückkommen? Wer sind überhaupt die Organisationen, die humanitäre Hilfe vor Ort bereitstellen?

Kristin Helberg: Die humanitäre Hilfe wird nach wie vor ganz überwiegend über die Vereinten Nationen ausgezahlt, daneben gibt es auch Nichtregierungsorganisationen, die vor Ort helfen, z. B. der Syrisch-Arabische Rote Halbmond. Es gibt eine humanitäre Versorgung von Menschen, die diesen Krieg überlebt haben, denen es richtig schlecht geht. Wenn da jetzt ein Syrer aus Europa zurückgeschickt wird und sich in die Schlange stellt, ist das natürlich ein komisches Bild für die Leute vor Ort. Solche Fälle werden definitiv nicht zur Stabilisierung Syriens beitragen. Wenn ein junger Syrer hier in Europa arbeitet und einen Job hat, ist es viel sinnvoller, dass er hier weiter arbeitet und Geld nach Hause schickt. Sehr viele Familien in Syrien überleben durch Remittances, also durch diese Rückzahlungen aus dem Ausland. Da stabilisiert man das Land nachhaltiger, wenn die Syrer hier weiterarbeiten und Teile ihres Gehaltes dorthin schicken können, als wenn wir sie in eine Arbeitslosigkeit zurückschicken und sie am Ende selber hilfsbedürftig werden.

Ist die Übergangsregierung daran interessiert, nicht-sunnitische Personen in die regionalen Sicherheitskräfte zu integrieren? Oder ist da eher das Misstrauen so groß, dass das gar nicht erst stattfindet?

Kristin Helberg: Das ist die große Frage. Und das werden Ihnen verschiedene Leute in Syrien anders beantworten. Wenn Sie Vertreter der Übergangsregierung fragen, werden die sagen, dass alle willkommen und ein Teil Syriens sind und dass sie das auch mittelfristig machen wollen. Wenn Sie dann vor Ort mit Menschen reden, sagen die was anderes. Es gibt verschiedene lokale, zum Beispiel christliche und alawitische Sicherheitskräfte, die eigenständig organisiert und nicht einbezogen wurden. Da gab das Versprechen, dass sie Teil der offiziellen Sicherheitskräfte werden sollen, das ist aber noch nicht passiert. Deswegen der Vorwurf dieser Gruppen, dass das eigentlich gar nicht gewollt ist. Ich denke, da gibt es widerstreitende Kräfte innerhalb der Übergangsregierung, aber ich glaube schon, dass es dort auch Menschen gibt, die der Meinung sind, dass es Alawiten als Polizeikräfte braucht. Sonst kann das in Gebieten an der Küste, wo es dieses Misstrauen gibt, nicht funktionieren. Der Vorwurf war auch, dass die nationalen Sicherheitskräfte in bestimmten Dörfern gezielt nach ehemaligen Geheimdienstoffizieren des Assad-Regimes gesucht, aber aufgrund fehlender Kontakt Personen in diesem Dorf eine Riesen-Razzia gemacht und die ganze Bevölkerung verschreckt haben. In Damaskus oder auch in Homs gelingen diese gezielten Festnahmen, die von ansatzweise

spezialisierteren Einheiten organisiert wurden. Es gibt jetzt auch eine schnelle Eingreiftruppe, das ist aber alles noch in den Anfängen. Aber der Bedarf und ich glaube, die Einsicht, dass man diese Inklusion braucht, ist bestimmt in Teilen dieser neuen Regierung durchaus vorhanden. Aber wann das jetzt umgesetzt wird und wie glaubwürdig dieses Versprechen ist, ist eben nach wie vor fraglich.

Wie ist die Rolle der Türkei bei der Staatsbildung und bei der Ausrichtung der Regierung derzeit und wie groß ist ihr wirtschaftlicher Einfluss? Wie groß ist noch der Einfluss der Türkei auf die SNA und wie sieht das Verhältnis zwischen der SNA und der Übergangsregierung deswegen aus?

Farhad Ahma: Die Türkei hat im Prinzip in der gesamten syrischen Krise seit 2011 eine große Rolle gespielt. Es ist immerhin das Land mit der längsten Grenze zu Syrien, fast 900 Kilometer, und grenzt nicht nur an kurdische Gebiete, sondern auch an andere Gebiete in Syrien. Sie versteht sich als eine große regionale Macht und möchte natürlich ihren Einflussbereich bewahren. Dementsprechend hat sie von Anfang an in die syrische Problematik eingegriffen, hat die syrische Opposition unterstützt, 2-3 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen und auch bei der Gestaltung der politischen Frage und dem politischen System mitgespielt. Die Türkei hat eine lange Zeit, ich würde sogar sagen bis zum Sturz des Regimes, darauf gehofft, dass Baschar al-Assad das Angebot von Präsident Erdogan annehmen und bestimmte Zugeständnisse machen würde. Das war die Sicht der Türkei: Baschar al-Assad macht Zugeständnisse, die Regierung wird neu formiert, vielleicht mit Integration von bestimmten Elementen aus der Opposition, und so würde man das Problem lösen. Die Türkei hat gehofft, dass man durch so eine Vereinbarung mit dem syrischen Präsidenten auch die kurdische Frage in Syrien lösen könne. Das heißt, die kurdische Selbstverwaltung wird dann aufgelöst, ob durch militärischen Angriff oder Verhandlungen, und dann hat man im Prinzip ein Problem weniger für die Türkei. Dazu ist es nicht gekommen. Der Sturz des Regimes war für die Türkei wiederum von großer Bedeutung und mit der Frage verbunden, was mit der kurdischen Selbstverwaltung entlang der eigenen Grenze passiert. Man muss ja auch noch dazu sagen, dass die Türkei seit 2011 mehrere militärische Angriffe in Syrien gestartet hat. Drei, die vor allem für Kurden schmerhaft waren. 2016, aber vor allem 2018 in Afrin und 2019 in der Region Ras Al-Ain und Tall Abyad. Und seitdem stehen diese Regionen unter Kontrolle der Türkei beziehungsweise der Türkei und ihren verbündeten Milizen aus der SNA, also der Syrian National Army. Und bis jetzt spielt die Türkei bei den Verhandlungen zwischen der Selbstverwaltung beziehungsweise den Syrian Democratic Forces (SDF) und der Übergangsregierung in Damaskus eine große Rolle.

Es ist zu vermuten, dass bestimmte Fortschritte nicht so schnell erreicht werden könnten, weil die Türkei damit nicht einverstanden war. Vor allem die Staatsform. Wie soll Syrien aussehen? Was soll in der Verfassung stehen? Soll man eine Art Dezentralisierung anerkennen, auch auf Ebene von einfachen Gesetzen? Oder soll die Verfassung eine Staatsform vorschreiben und dementsprechend die Kurden und andere Minderheiten verfassungsrechtlich anerkennen? Daraus würden Rechte und Pflichten entstehen. Das wird immer noch in den Verhandlungen diskutiert und hat wiederum auch mit anderen regionalen Mächten zu tun, zum Beispiel inwieweit der Konflikt Israel-Türkei voranschreitet, inwieweit die beiden Mächte an Einfluss in Syrien gewinnen und dementsprechend auch ihre Forderungen und ihre Visionen verankern beziehungsweise festigen können. Das ist alles noch offen und ist auch mit den Entwicklungen

innerhalb der Türkei verbunden. Heutzutage findet noch ein Dialogprozess zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der türkischen Regierung statt und die Türkei verbindet die Frage der Kurden in der Türkei mit der kurdischen Frage in Syrien.

Die Türkei möchte, dass die kurdische Frage in Syrien parallel zur kurdischen Frage in der Türkei gelöst wird und nicht selbstständig eine Lösung findet. Daher kommt es vermehrt zu Äußerungen von türkischen Politikern, dass zunächst die SDF aufgelöst und erst dann über bestimmte Rechte für die Kurden in Syrien gesprochen werden soll. Man hat in den letzten Wochen gesehen, dass die PKK ihre Auflösung angekündigt und symbolisch einige Waffen verbrannt hat. Und das möchte die Türkei auch in Syrien haben, was wiederum ein Konfliktstoff mit den SDF und mit den Kurden in Syrien ist, die sagen, dass ihre Frage zwar mit der Frage der Kurden in der Türkei zu tun hat, sie aber trotzdem eine selbständige Partei und Einheit sind. Und sie wollen, dass die SDF in das Staatsgefüge und in die militärische Struktur des neuen syrischen Staates integriert werden.

Steht die SNA, die im Norden Syriens operiert, weiterhin unter Kontrolle der Türkei? Und was bedeutet das für die kurdische Bevölkerung, die dort lebt, zum Beispiel in Afrin? Kommt es dort weiterhin zu Übergriffen?

Farhad Ahma: Die SNA steht definitiv noch unter Kontrolle der Türkei. Sie bezieht ihre Gehälter von der Türkei und führt auch militärische Auseinandersetzungen und Angriffe gegen die SDF auf Verlangen der Türkei aus. Wann finden militärische Auseinandersetzungen zwischen der SNA und den SDF statt? Wenn die Türkei bestimmte Schritte in den Verhandlungen zwischen SDF und Damaskus feststellt, die ihr nicht gefallen. Dann hat man monatelang entlang der Linie beim Tischrin-Staudamm gesehen, wie große militärische Operationen gestartet wurden und nicht aufgehört haben, bis die Amerikaner ernsthafter interveniert und darauf bestanden haben, dass verhandelt werden soll. Das war auch durch andere Entwicklungen in Syrien bedingt, wie die Ereignisse in der Küstenregion, danach auch in Suweida. Noch eine Front entlang der AANES-Gebiete zu öffnen, wäre zu gefährlich für diese Übergangsphase in Syrien. Deswegen musste das erst mal gestoppt werden.

Und natürlich hat die Türkei auch die Intention gehabt, Signale in Richtung der Kurden der Türkei zu senden und weniger Druck auf die Kurden in Syrien auszuüben. Nichtsdestotrotz bleibt die Bedrohung. Es finden zwar seit einigen Monaten keine Drohnenangriffe seitens der Türkei statt, trotzdem drohen türkische Funktionäre, seien es militärische Führer oder Politiker, immer wieder mit einer militärischen Intervention. Es gibt keine politische Lösung. Es ist nur eine Phase, wo man die SDF und die Übergangsregierung verhandeln lässt und guckt, wie sie weiterkommen. Und wenn die Lösung nicht gefällt, hat man trotzdem immer noch die Option, auf die SNA zu setzen und einen militärischen Angriff zu starten.

Kristin Helberg: Die Türkei ist, geostrategisch betrachtet, die große Gewinnerin dieses Machtwechsels in Syrien. Auf der einen Seite besteht die Hoffnung, dass sehr viele syrische Geflüchtete zurückkehren können. Das war ja das Thema, das den letzten Wahlkampf in der Türkei dominiert hat, der sehr rassistisch und nationalistisch aufgeladen war. Auf der anderen Seite, wenn die kurdische Selbstverwaltung sich in einer gesamtsyrischen Struktur auflöst, hat man aus Sicht der Türkei auch das Modell einer kurdischen Autonomie indirekt durch den

Machtwechsel in Syrien beseitigt. Und das dritte ist ein massives wirtschaftliches Interesse. Diese lange 900 Kilometer-Grenze ist, aus Sicht der Türkei, das Tor zur arabischen Welt. Über Syrien könnte sehr viel Handel laufen. Syrien selbst ist ein sehr interessanter Markt und seit letztem Jahr sind die türkischen Exporte nach Syrien um 50 % gestiegen. Und das Interessante ist, dass innerhalb der Türkei Geschäftsleute, Industrie- und Handelskammern ganz klar fordern oder darauf hoffen, dass mit dem Nordosten Syriens eine Lösung gefunden wird. Denn wenn Grenzübergänge zum kurdischen Teil Syriens geöffnet würden, und es gibt bereits direkte Verhandlungen zwischen der Selbstverwaltung und der türkischen Regierung über die Öffnung des Grenzübergangs in Qamischli, dann würde das einen zusätzlichen Schub für Waren- und Personenverkehr bringen. Das könnte auch ein Motiv sein, weswegen man diese Integration weiter vorantreibt.

Können Sie noch etwas zur Blockade in Suweida und zu gegen Drusen gerichteten Gewaltvorfällen, zum Beispiel Angriffe gegen drusische Studierende, sagen?

Kristin Helberg: So etwas wie die Vorfälle gegenüber den drusischen Studierenden⁵ hat sich in letzter Zeit meines Wissens nach nicht noch einmal wiederholt. Im Zuge der Angriffe in Suweida gab es auch andernorts im Land Übergriffe gegen Drus·innen. Es gab ja auch diese wirklich schrecklichen Videos damals aus Suweida, wo Leute vor laufender Kamera erschossen wurden, nur weil sie gesagt haben, dass sie Drus·innen sind. Das war schockierend für die ganze Gesellschaft, diesen konfessionellen Hass so klar zu sehen. Wie ist die Lage jetzt? Also nach meiner Information ist ein Teil der Provinz Suweida jetzt im Grunde ein autonomes Gebiet mit eigenen militärischen Strukturen, nämlich einer drusischen Nationalgarde. 35 drusische Milizen haben sich zusammengeschlossen und hinter Hikmat al-Hidschri vereint. Es sind auch parallele politische Strukturen entstanden, also ein autonomes Gebiet für die Drusen, das es vorher in dieser Form nicht gab.

Man hat sich traditionell immer mit den Machthabern arrangiert, auch mit dem Assad-Regime. Man hatte so eine einigermaßen autonome Struktur aufgebaut, aber vor allem dahingehend, dass man eigene Milizen hatte. Die Söhne der Drusen in Suweida mussten keinen Militärdienst in anderen Teilen Syriens leisten, sondern durften in der Provinz Suweida bleiben, weswegen es überhaupt diese drusischen Milizen gibt. Die Tradition dieser konfessionellen Minderheit ist es in der ganzen Region des Nahen Ostens, also Westasiens, dass man sich immer mit den jeweiligen Machthabern arrangiert, um auf der sicheren Seite zu sein. Das war auch der Versuch unmittelbar nach dem Sturz des Regimes, was aber jetzt torpediert worden ist. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich geändert. Während die Mehrheit der Drusen sich früher mit den neuen Führern arrangieren wollte, sagt jetzt nach den Massakern im Juni 2025 die Mehrheit, dass sie sich nicht mit der Übergangsregierung einigen wollen, weil sie nicht überzeugt sind, dass eine Einigung ihnen Sicherheit bringen wird.

⁵ Anm. ACCORD: siehe z.B. Daraj Media: Sectarian Tensions in Syrian Universities: The Ugly Side of School Mates Appears, 14. Mai 2025, <https://daraj.media/en/sectarian-tensions-in-syrian-universities-the-ugly-side-of-school-mates-appears/>

Das Gebiet ist gerade abgeriegelt, aber die Frage ist von wem? Wer lässt da wen nicht rein? Es wird zum Teil von der UN und vom Syrisch-Arabischen Roten Halbmond versorgt. Es sind laut den Vereinten Nationen etwa 100.000 Menschen, die zum jetzigen Zeitpunkt vertrieben sind. Es sind ganze Dörfer zerstört und geplündert worden. Die Strom- und Wasserversorgung funktioniert in Teilen von Suweida nicht. Die Telekommunikation war damals zusammengebrochen. Viele Krankenhäuser sind seitdem auch nicht voll funktionsfähig. Es gibt Unterbrechungen bei der Kraftstoffversorgung. Also angesichts der Tatsache, dass Syrien sowieso ein schlecht versorgtes Land ist, wirkt sich das dann natürlich noch mal weiter aus, wenn Gebiete gar nicht durchlässig sind. Deswegen ist die Lage nach wie vor sehr schwierig und aus humanitärer Sicht für die Menschen vor Ort bedrohlich.

2 Fokus auf Nordostsyrien: Sicherheitslage, politische Entwicklungen der Autonomous Administration of North and East Syria (AANES), Versorgungslage und weitere Themen (Vortrag Farhad Ahma)

Politische Entwicklungen hinsichtlich der Verhandlungen mit der Übergangsregierung

Ich wollte mithilfe dieser Karte⁶ lediglich die Gebiete der AANES zeigen, deswegen vergessen Sie bitte die anderen Regionen, denn die Lage hat sich dort verändert. Es bleiben die Gebiete der AANES in Orange markiert, die momentan unter Kontrolle der SDF, der Syrian Democratic Forces, stehen. Die von den SDF kontrollierten Gebiete sahen vor dem 8. Dezember 2024 noch anders aus. Sie hatten noch weitere Gebiete unter Kontrolle, zum Beispiel in Manbidsch und andere Regionen in Richtung Afrin. Sie hatten dort auch Einheiten gehabt. Nach dem 8. Dezember haben sich die SDF aus diversen Gebieten im Nordwesten zurückgezogen, um sich auf den Nordosten Syriens zu konzentrieren. Bis auf die Region Tabqa, die verteidigt und gehalten wurde. Man wollte sich nicht vollständig aus allen Gebieten aus dem Nordwesten zurückziehen, im Falle, dass noch weitere militärische Auseinandersetzungen stattfinden würden. Man wollte diese Regionen als Front behalten, um anderen Einheiten der SNA bzw. anderen Milizen nicht die Chance zu geben, den Nordosten anzugreifen. Militärische Auseinandersetzungen sollten im Nordwesten stattfinden. Die militärische Kontrolle verändert sich fast täglich, da trotz der Verhandlungen weiterhin Gefechte stattfinden. Aber im Großen und Ganzen bleiben die großen Gebiete unverändert.

Was ist eigentlich passiert? Ich möchte mich auf die Zeit nach dem Sturz des Regimes konzentrieren und nicht davor, auf die Entwicklung der AANES und der ganzen Region. Die AANES und der politisch-militärische Teil der SDF waren, wie fast alle syrischen Kräfte, von den Entwicklungen sehr überrascht. Man hat seitens der SDF immer wieder gesagt, dass man militärische Übungen und Manöver auf der anderen Seite des Euphrat beobachtet. Man ging aber davon aus, dass möglicherweise die HTS und andere Fraktionen eine Operation gegen die Stellungen des Regimes beginnen, wahrscheinlich bis nach Aleppo vorrücken und diese Stadt

⁶ RIC – Rojava Information Center: Update December 30 – Heavy Fighting in Manbij Countryside as NES Death Toll Tops 250, 30. Dezember 2024, <https://rojavainformationcenter.org/2024/12/update-december-30-heavy-fighting-in-manbij/>

einnehmen. Alle diese Spekulationen haben sich als falsch erwiesen und die SDF wurden quasi kalt erwischt, nachdem man festgestellt hatte, dass die Operation bis nach Damaskus ging und zum Sturz des Regimes geführt hatte. Man hatte nicht damit gerechnet, dass es wirklich zu so einer Umwälzung in Syrien kommen würde. Trotzdem sind die SDF wie auch die AANES politisch realistisch geblieben und haben Al-Scharaa gleich nach der Machtübernahme als Präsident anerkannt. Und haben dann auch gleich gesagt, dass sie sich als Teil Syriens betrachten und eine Rolle in der Gestaltung des neuen Staates spielen wollen. Direkt nach der Machtübernahme in Damaskus gab es den Ruf nach Verhandlungen mit Damaskus, um die Probleme mit dem Nordosten zu lösen.

Die ersten Begegnungen fanden bereits im Dezember 2024 statt und die ersten richtigen Gespräche fanden im Januar 2025 statt. Es hat sich aber trotzdem nichts bewegt. Beide Seiten wollten erst mal sehen, wie sich die Lage entwickelt, ob es der Regierung in Damaskus gelingen wird, das ganze Land unter Kontrolle zu bringen, ob Damaskus die Visionen des Nordostens teilt. Und da hat man einfach verschiedene Perspektiven gehabt und gewartet, dass die Lage klarer wird. Seitens Damaskus kamen Erläuterungen, dass man die Einheit und Integrität des Staates wiederherstellen möchte und dazu gehört auch, den Nordosten wieder in den Staat zu integrieren. Es wurden jedoch keine klaren politischen Visionen dargelegt, wie diese Integration stattfinden, welche Rechte den Kurden und anderen Minderheiten zugesprochen werden und was mit den ganzen Verwaltungsgremien und Einheiten der Selbstverwaltung der AANES geschehen soll. Es gab keine klaren Angebote und dies blieb auch so bis März 2025, bis die Ereignisse in den Küstenregionen begannen. Die internationale Gemeinschaft legt sehr viel Wert darauf, dass diese Übergangsphase in Syrien nicht gestört wird oder es zu einem Kollaps in Syrien kommt. Die Amerikaner haben nach den Ereignissen der Küstenregion sofort eingegriffen und ein Treffen zwischen Ahmad Al-Scharaa und Mazlum Abdi beziehungsweise Mazlum Kobane, dem Anführer der SDF, organisiert und haben auch darauf hingewirkt, dass es am Ende dieses Treffens und nach zwei, drei Tagen Verhandlungen zu einer Vereinbarung kommt.

Diese Vereinbarung vom 10. März gilt immer noch als die einzige schriftliche Vereinbarung zwischen beiden Seiten. Trotz all den Spannungen haben sie sich darauf geeinigt, dass bestimmte alltägliche Mechanismen aufrechterhalten bleiben sollten. Das heißt, sie mussten Sicherheitsinformationen austauschen und gucken, dass die Menschen von Nordosten nach Damaskus gelangen und auch wieder zurückkehren können. Und im Februar hat man sich darauf geeinigt, dass der Ölexport von Nordosten Richtung Damaskus und in Richtung der Gebiete der neuen Regierung wieder aufgenommen werden soll. Das waren vonseiten der SDF und der AANES Versuche, ihren Willen kundzutun, dass man mit Damaskus eine Vereinbarung erzielen möchte und die Frage nach Ölreserven und den ganzen Bodenschätzten im Nordosten auf nationaler Ebene zu lösen ist. Und als Zeichen des guten Willens hat man dann seit Februar begonnen, Ölexporte aufzunehmen. Trotzdem blieben die Visionen weit auseinander, obwohl im März dieses Abkommen zwischen Mazlum Abdi und Ahmad Al-Scharaa erreicht wurde.

Man muss noch dazu sagen, dass die SDF und die verbundenen Organisationen wie die YPG und die kurdischen Verteidigungseinheiten, in den letzten Jahren gewisse Berührungspunkte mit HTS hatten. Beide Seiten verstanden sich als die am besten bewaffneten und organisierten Gruppen in Syrien. Die HTS hatte vermehrt in Richtung Afrin versucht, ihren Einflussbereich zu

erweitern und durch einen gewissen Schutz für Kurden in der Region Signale an die SDF zu senden: wenn wir an der Macht sind, betrachten wir die Kurden nicht als eine Ethnie, sondern als eine muslimische Gemeinschaft, die zwar ihre eigene Sprache und Kultur pflegt, aber keine Bedrohung für uns darstellt. Es gab Fälle in Afrin in den Jahren 2022 und 2023, in denen die HTS gegen SNA-Milizen und zugunsten kurdischer Familien eingegriffen hat und einige Kurden Ahmad Al-Scharaa, damals Abu Muhammad Al-Dschulani, aktiv um Hilfe bat. Deswegen gab es auch schon vor Machtübernahme von HTS in Damaskus einen Austausch zwischen den beiden Gruppierungen. Viele Führungspersönlichkeiten von beiden Seiten kennen sich aus alten Verhandlungen anlässlich Grenzschwierigkeiten zwischen den verschiedenen Kontrollgebieten. Viele kennen zum Beispiel den heutigen Außenminister Syriens, Asaad Al-Schaibani, als Abu Aisha, der damals im Namen von HTS unter anderem mit den SDF über verschiedene Gebiete, über Handel zwischen verschiedenen Regionen verhandelt hat. Daher ist es nicht überraschend, dass die beiden Gruppen ziemlich schnell miteinander Verhandlungen beginnen konnten, trotz der ganzen Verschiedenheiten in ihren Ideologien, ihrem Aufbau und ihren Visionen für Syrien.

Die Vereinbarung vom 10. März zwischen Al-Scharaa und Abdi hat insgesamt acht Punkte. Sie ist insoweit auch für Gesamtsyrien wichtig, weil sie die erste Vereinbarung mit der syrischen Übergangsregierung ist. Keine andere Konfliktpartei konnte die Übergangsregierung dazu bringen, schriftlich irgendetwas zu unterschreiben. Ich erkläre daher im Folgenden die Vereinbarung auch etwas ausführlich, da beide Parteien sich in ihren Statements weiterhin auf sie beziehen. Sie beinhaltet unter anderem, dass der Staat das Recht aller Syrer auf Teilhabe und Partizipation anerkennt, Mechanismen dazu entwickelt und die Bürgerrechte der Kurden anerkennt. Das Dokument sieht vor, dass vor allem die Bürgerrechte auch für die Kurden gelten, dazu gehört auch die Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft für viele Kurden, die in den 60er Jahren ausgebürgert worden waren, von denen ganz viele die Staatsbürgerschaft nach 2012 wiedererlangt haben. Aber Tausende von ihnen haben es nicht geschafft, die nötigen Dokumente einzureichen und die Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt war, dass ein Waffenstillstand überall in Syrien gelten soll. Das war eine Forderung der SDF, nicht nur bezogen auf ihre eigenen Gebiete, sondern auf die gesamten syrischen Gebiete. Die SDF haben erkannt, dass, wenn überall Waffen schweigen, andere Minderheiten sich mehr entfalten und mehr politischen Druck ausüben können. Es ist aber trotzdem nicht dazu gekommen, es kam auch nach dem 10. März, vor allem entlang der Grenze zu SDF-Gebieten, immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen vor allem mit Einheiten der ehemaligen SNA. Warum spricht man weiterhin von SNA, obwohl sie sich eigentlich aufgelöst hat? Formal ist es richtig, dass es diese Einheiten nicht mehr gibt, aber in der Praxis ist es trotzdem so, dass sie ihre Strukturen beibehalten haben. Ihre Führungsriege wie auch ihre Einflussgebiete sind die gleichen geblieben. Die Übergangsregierung hat in der Vereinbarung vom 10. März auch versprochen, dass alle Vertriebenen aus Afrin, Ras Al-Ain und Tall Abyad die Möglichkeit bekommen, in ihre Ursprungsregion zurückzukehren. Aber selbst die Übergangsregierung in Damaskus schafft es bis heute nicht, dieses Versprechen umzusetzen, weil sie immer wieder sagt, dass die Einheiten, die dort stationiert sind, nicht unter der vollen Kontrolle von Damaskus stehen. Das sagt sie nicht öffentlich in den Medien, aber in den Verhandlungen. Wenn die SDF dann Druck machen und fragen, warum die Menschen aus Afrin immer noch nicht gänzlich in ihre Städte und Dörfer zurückkehren können, sagt man, dass hier

die Türkei oder die SNA und ihre Strukturen eine Rolle spielen. Und deswegen redet man immer noch von SNA, obwohl sie eigentlich formal nicht weiter existiert. Es gab auch immer wieder Appelle an die Übergangsregierung, die bewaffneten Auseinandersetzungen entlang des Tischrin-Dammes und in anderen Regionen einzustellen. Und es hieß aus Damaskus immer wieder, dass sie nicht die Kontrolle über diese Einheiten haben. Eine der zentralen Forderungen der SDF war, dass es einen Waffenstillstand gibt und dass die Einheiten der SNA, die entlang des Tischrin-Staudammes und anderen Grenz-SDF-Gebieten stehen, Platz für HTS-Einheiten freimachen. Die HTS-Leute sollten die Kontrolle entlang der Grenze übernehmen. Eine etwas merkwürdige Forderung, wenn man sagt, dass eine dschihadistische Truppe entlang der Grenze stehen bleiben kann, während man gleichzeitig kein Vertrauen in Truppen der SNA hat. Das ist aber die Realität, weil die SNA stärkere Verbindungen zur Türkei hat und ihre Befehle aus der Türkei bekommt.

Ein weiterer Punkt der Vereinbarung war, dass die Institutionen im Nordosten Syriens in die neue Verwaltung Syriens integriert werden sollen. Die Formulierungen sind aber alle vage geblieben. Man hat nicht definiert, inwieweit und wie diese Integration stattfinden soll. Es ist eine Art Übernahme der gesamten Verwaltung des Nordostens. Man muss gucken, welche Ämter im Nordosten geschaffen wurden und welche übernommen werden können. Das fand nicht statt. Die Amerikaner haben großen Druck ausgeübt, dass die Vereinbarung veröffentlicht wird, damit es in der Küstenregion zur Ruhe kommt und der Druck auf die Übergangsregierung abnimmt. Man hat in der Vereinbarung auch festgelegt, dass für all diese Themen Arbeitsgruppen gebildet werden, die die Vereinbarung bis Ende 2025 umsetzen sollen, das heißt Gesetze vorschlagen, Vorschläge für die Verfassung und Integration der militärischen Einheiten der SDF unterbreiten. Und nach Ende 2025 soll dann die nächste Phase beginnen, sprich die Änderung von Gesetzen, von Verfassung, von anderen Vorschriften, damit diese Vereinbarung dann in die neue Staatsform einfließt.

Es ist bis jetzt wenig passiert. Die Verhandlungen stocken weiterhin. Als der Druck der Amerikaner nachließ und man in Damaskus das Gefühl hatte, dass man das Problem in der Küstenregion unter Kontrolle bekam, weil die Anhänger des Regimes zurückgedrängt und besiegt wurden, hat man sich wieder Zeit gelassen, die Verhandlungen erneut aufzunehmen. Bis es wieder in Suweida losging. Man sieht einfach, dass der Wille nach einer politischen Lösung nicht per se da ist und es wird nur darauf zurückgegriffen, wenn die Regierung in Damaskus sich aufgrund von internen Dynamiken oder von Druck von außen in Bedrängnis fühlt, seitens der Amerikaner vor allem. Nach diesem Druck haben mehrere Verhandlungsrunden in Damaskus, in Tabqa und auch in Hasaka stattgefunden. Und die SDF haben die Forderung erhoben, die Arbeitsgruppen sollten endlich gebildet werden. Die Regierung in Damaskus wollte, dass man zu einer Lösung kommt, ohne dass man in die Details geht, während die SDF auf die Arbeitsgruppen bestanden haben und über diverse Fragen diskutieren wollten, wie zum Beispiel die Integration der militärischen Einheiten der SDF. Es wurden dann Arbeitsgruppen gebildet, aber es ist bis heute trotzdem keine richtige Einigung in Sicht. Es werden auch verschiedene Versionen mitgeteilt: Die Regierung sagt, die Verhandlungen laufen gut, dass sie sich immer wieder treffen und austauschen. Die Verhandlungen wurden nicht als gescheitert erklärt und das wird als Erfolg für die Regierung betrachtet. Die SDF betrachten dies zwar auch als Erfolg, stellen aber wiederum die Frage, wie

lange man noch verhandeln kann, ohne zu einem Ergebnis zu kommen? Sie wollen, dass die Probleme angesprochen werden und nach Lösungen gesucht wird.

Es herrschen verschiedene Auffassungen zwischen beiden Seiten, vor allem über die Staatsform. Auf der einen Seite stehen die SDF, die nach einer weitreichenden Dezentralisierung verlangen, auf der anderen Seite ist die Regierung, die immer wieder die zentrale Kontrolle beschwört und sagt, dass Syriens Einheit und die Integrität des Staates wiederhergestellt werden sollen. Dezentralisierung steht aber nicht im Gegensatz zur Autorität des Staates. Kristin Helberg hatte erwähnt, dass nach syrischem politischem Verständnis, Dezentralisierung, in welcher Form auch immer, sei es Föderalismus, Autonomie oder lokale Selbstverwaltung, als staatsgefährdende Forderung betrachtet wird. Das erschwert die politische Diskussion sowie das politische Klima, wenn man über diese Frage redet. Eine andere Herausforderung ist die Integration der SDF. Es gibt diverse Vorstellungen, wie diese Einheiten integriert werden sollen: Die SDF verlangen, dass Bataillonen aus den Kämpfern der SDF gebildet und offiziell in die syrische Armee integriert werden, ihren Dienst aber in den Gebieten des Nordostens leisten und nicht woanders. Die andere Säule der Lösung, die die SDF angeboten haben, ist, gemeinsame Anti-Terror-Einheiten zu bilden, aus Experten der SDF, die jahrelang gegen den IS gekämpft haben, und aus Einheiten der Regierung. Und diese Anti-Terror-Einheiten sollen syrienweit agieren und stationiert werden dürfen und können. Hier wäre also die Unterscheidung zwischen rein militärischen Einheiten, die im Nordosten stationiert werden, und der Schaffung von Anti-Terror-Einheiten, die Expertise von beiden Seiten bündeln und überall in Syrien gegen Terrorismus vorgehen sollen.

Ein weiterer Vorschlag der SDF betrifft die Integration der Polizeikräfte der AANES, also der Asayisch. Das sind interne Sicherheitskräfte, die überall im Nordosten arbeiten. Die sollen lediglich ihren Namen ändern, in die Einheiten des Innenministeriums integriert und als eine reine Polizeikraft in den Regionen im Nordosten stationiert werden. Es bleibt weiterhin ein Problem, dass die SDF fast 10.000 Frauen in den Reihen der YPJ, der Frauenverteidigungseinheiten, unter Waffen hat. Die SDF wollen, dass diese Einheiten ebenfalls in die syrische Armee beziehungsweise in die syrischen Sicherheitsstrukturen aufgenommen werden. Das hat zu einer Art Streitigkeit innerhalb der SDF geführt, weil die Fraueneinheiten auch ihre Forderungen erhoben und gesagt haben, dass sie nicht nach Hause geschickt werden wollen, nachdem sie jahrelang gekämpft haben. Sie sind eine selbstständige Einheit und wollen, dass auch eine Lösung für sie gefunden wird. Das wird wahrscheinlich im Laufe der Verhandlungen eine der schwierigen Fragen bleiben, aber die Vorschläge, die unterbreitet wurden, sind, dass diese Fraueneinheiten weiterhin im Nordosten stationiert bleiben, sie vielleicht in die Polizeistruktur oder andere Strukturen integriert werden, aber als Einheit bestehen bleiben sollen.

Es gibt auch externe Faktoren, die als Bedrohung oder als Herausforderung für die Verhandlungen zwischen den SDF und der regionalen Übergangsregierung in Damaskus angesehen werden können. Wir haben die türkischen Interessen angesprochen, die eine ganz große Rolle spielen. Man glaubt daran, dass positive Entwicklungen bei den Verhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung auch positive Auswirkungen auf die Entwicklung in Syrien haben oder dass schlechte Entwicklungen wiederum auch die Verhandlungen in Syrien torpedieren könnten. Die Gespräche zwischen der Türkei und der PKK

laufen bis jetzt aus Sicht der Kurden in eine Richtung, die Hoffnung erregt. Es gibt zwar noch keine konkreten Vorstellungen, wie die kurdische Frage in der Türkei gelöst werden soll, aber die Tatsache, dass verschiedene politische Tabuthemen mittlerweile angesprochen werden und man bereit ist, eine politische Lösung dafür zu finden, gibt vielen Menschen die Hoffnung, dass in absehbarer Zeit, vielleicht in den nächsten zwei Jahren, eine Lösung für die kurdische Frage in der Türkei gefunden wird und dementsprechend auch in Syrien.

Für die PKK ist die Lösung der kurdischen Frage in Syrien auch ein Teil der Bedingungen, dass sie die Waffen in der Türkei niederlegt. Und da versteht man, inwieweit die beiden Fragen miteinander verknüpft sind. Die PKK hat einen verfassungsrechtlichen Status für die Kurden in Syrien als eine Bedingung für ihre Integration in der Türkei gemacht. Sollte die Türkei darauf hinwirken, dass die Kurden in Syrien keinen Status bekommen, würde die PKK, so die Drohung hinter den Kulissen, nochmal zu Waffen greifen beziehungsweise diesen Verhandlungsprozess in der Türkei als gescheitert und beendet erklären.

Eine weitere Herausforderung bei den Verhandlungen zwischen SDF/AANES und der Übergangsregierung ist das Bildungssystem. Es gibt diverse Verhandlungen darüber, wie das Bildungssystem gestaltet werden soll. Die AANES hat unmittelbar nach ihrer Gründung verschiedene unverhandelbare Fragen definiert, dazu gehören in aller Linie das Bildungssystem und die Mehrsprachigkeit des Bildungssystems. Und das hat zu diversen Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerung geführt, weil die Menschen überrascht waren, dass von einem Tag auf den anderen das gesamte Bildungssystem nicht mehr nur auf Arabisch war, sondern auch andere lokale Sprachen, vor allem Kurdisch und Syriac/Suryoyo beinhaltete. Und die Schüler wurden dann auch dazu gezwungen, ein Bildungssystem nach Muttersprache zu suchen. Das heißt, die Kurden haben angefangen, die Schule auf Kurdisch zu besuchen, die Araber auf Arabisch und die Syriac auf Syriac/Suryoyo. Jede ethnische Gruppe konnte in ihren Curricula auch andere Sprachen als zweite oder dritte Sprache lernen. Das gilt mittlerweile als einer der schwierigsten Verhandlungspunkte mit Damaskus, weil Damaskus diese Mehrsprachigkeit als eine Art Abspaltung, auch emotionale Abspaltung, zum Land Syrien sieht. Hier und da gibt es zwar Angebote, dass Kurdisch und andere Sprachen in das Bildungssystem aufgenommen werden können, vielleicht zwei, drei Stunden in der Woche, aber nicht, dass das gesamte Curriculum und Lehrmaterial darin verfasst wird. Ich glaube, falls die Verhandlungen scheitern werden, dann wird das Bildungssystem einer der Punkte sein, warum sie gescheitert sind. Neben der Frage der SDF ist die Frage des Bildungssystems von zentraler Bedeutung.

Das ganze Klima, die Auseinandersetzungen in Suweida, in der Küstenregion, aber auch die ganzen Medien, die Propaganda, die unter anderem auch von staatlichen Fernsehkanälen gegen Kurden, gegen Bewohner des Nordostens geführt wurde, haben sowohl einen Vertrauensbruch herbeigeführt als auch große Ängste geschürt. Was passiert, wenn die Regierung tatsächlich die Kontrolle über das gesamte Land erlangt? Nach der Küstenregion, nach Suweida, was wird dann auf uns zukommen, wenn diese Regierung einen Angriff gegen den Nordosten startet? Der psychische Druck auf die Menschen im Nordosten ist so groß, dass viele, die vor den Ereignissen in Suweida und in der Küstenregion große Kritik gegen die SDF und die Selbstverwaltung geäußert haben, sich mittlerweile wünschen, dass die SDF weiterhin den Nordosten kontrollieren und die AANES bestehen bleibt. Vor allem, nachdem man gesehen hat, was die Einheiten der Übergangsregierung in Suweida und in der Küstenregion der

Zivilbevölkerung angetan haben. Trotzdem bleiben diverse interne Dynamiken innerhalb der Gebiete der Selbstverwaltung ungelöst. Es gibt Spannungen mit kurdischen politischen Kräften, insbesondere mit dem Kurdischen Nationalrat (KNC). Es gab bis vor kurzem unterschiedliche Auffassungen über die Rolle der Kurden und ihren Status in Syrien: Was sollte man überhaupt von der Zentralregierung in Damaskus verlangen? Worüber sollte man verhandeln? Wie sollen Fragen wie Dezentralisierung oder Mehrsprachigkeit gelöst werden? Durch eine Intervention der USA und Irakisch-Kurdistan haben beide Seiten im April eine Konferenz abgehalten und eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. In dieser wird die Perspektive der Kurden als Ethnie in Syrien beschrieben, sowohl ihre Vorstellung vom syrischen Staat als auch die ethnischen Rechte von Kurden in Syrien, die sie einfordern. Diese Erklärung bildet nun die gemeinsame Grundlage der kurdischen politischen Akteure, vor allem der PYD und des KNC, auf deren Basis Verhandlungen mit Damaskus über den Status der Kurden geführt werden sollen. Damaskus weigert sich aber bis jetzt, eine rein kurdische Delegation zu empfangen. Die Regierung erklärt, sie wolle zunächst die Frage der SDF, also der militärischen Einheiten, mit der Führung der SDF klären. Erst dann wolle man sich anderen Themen widmen, wie zum Beispiel der Selbstverwaltung, dem Status der Kurden oder der Frage der Dezentralisierung. Es ist zwar positiv, dass man eine gemeinsame Grundlage zwischen kurdischen politischen Akteuren geschaffen hat, doch zu Verhandlungen mit der Zentralregierung in Damaskus hat das bisher nicht geführt.

Weitere Dynamiken bestehen mit anderen Ethnien und Volksgruppen im Nordosten, vor allem mit der arabischen Bevölkerung. Die arabischen Stämme waren in den letzten Monaten immer wieder Gesprächsthema, besonders nachdem die Übergangsregierung sie an verschiedenen Stellen aufgefordert hatte, zugunsten der Regierung in die Ereignisse an der Küste und später in Suweida einzutreten. In den Medien wurden die arabischen Stämme als eine politische und militärische Kraft dargestellt. Es gab auch im Nordosten gewisse Spannungen sowie Aufrufe zur Integration in die Strukturen des Staates, aber selbst die arabischen Stämme überlegten sich mittlerweile, ob sie wirklich eine schnelle Eingliederung des Nordostens in den syrischen Staat fordern sollten. Vor allem, nachdem sie gesehen haben, was mit anderen arabischen Stämmen passiert ist, die zugunsten der Regierung in Suweida und in den Küstenregionen eingegriffen hatten. Die Regierung hatte nämlich mit Stammesoberhäuptern eine informelle Vereinbarung getroffen, dass sie gewisse Ämter übernehmen und zusätzliche Kompetenzen erhalten würden, wenn sie zugunsten der Regierung eingreifen. Dazu ist es jedoch nie gekommen. Stattdessen entwickelte sich die Lage in eine völlig andere Richtung. Die Regierung hat ihr eigenes Bild sowohl international als auch in den Medien verbessert, indem sie die Verantwortung für die Übergriffe den arabischen Stämmen zuschob. Sie hat in Briefen und Stellungnahmen an Menschenrechtsorganisationen behauptet, nicht die Regierungstruppen, sondern einzelne Kämpfer aus arabischen Stämmen hätten die Verbrechen in Suweida und in den Küstenregionen begangen. Die Reaktion der arabischen Stämme war entsprechend verstört und von Unverständnis geprägt, da sie zugunsten der Regierung gehandelt hatten, während die Regierung sie, wenn nötig, belastet und öffentlich schlecht dargestellt hat. Die SDF haben daraufhin mehrere Gespräche mit arabischen Stämmen im Nordosten geführt. Bisher ist die Lage ruhig, auch wenn damals zahlreiche Kämpfer aus arabischen Stämmen in Richtung Suweida gezogen waren und sich an den Kämpfen beteiligt haben. Sie wurden aber alle nach

ihrer Rückkehr in den Nordosten von Asayisch, den Sicherheitskräften, festgenommen. Viele von ihnen sitzen immer noch in Haft wegen ihrer Beteiligung an den Kämpfen in Suweida.

Militärdienst innerhalb der AANES und Zwangsrekrutierungen

Für die Menschen im Nordosten bleiben weiterhin einige Fragen offen, die bis jetzt nicht endgültig gelöst worden sind. Eine davon betrifft den Militärdienst, also die Zwangsrekrutierung junger Männer in den Gebieten der SDF. Es finden zwar seit mehreren Monaten keine Kampagnen mehr statt, um junge Männer einzusammeln und zum Militärdienst zu führen, aber der Militärdienst wurde nicht für beendet erklärt. Der letzte offizielle Aufruf an junge Männer, sich zum Militärdienst zu melden, ist vom Juni 2024 und somit schon fast anderthalb Jahre her. Seitdem fanden nur zwei Rekrutierungskampagnen statt, die jeweils ungefähr einen halben Tag lang waren, einmal in Raqqa und einmal in Richtung Deir ez-Zor. Diese Kampagnen laufen so ab, dass Checkpoints eingerichtet werden, Autos angehalten und Passanten kontrolliert werden, vor allem junge Männer. Wenn dann festgestellt wird, dass sie im entsprechenden Alter sind, werden sie entweder aufgefordert, sich umgehend bei der zuständigen Stelle zu melden oder sie werden sofort mitgenommen. Dass es innerhalb der letzten anderthalb Jahre nur zwei solcher Kampagnen gab, ist für die SDF-Gebiete ungewöhnlich, weil sie früher regelmäßig stattfanden, in größerem Umfang und über längere Zeit. Das zeigt auch, dass die SDF weniger eskalieren möchten und dass sie nach eigenen Angaben genügend Männer und Frauen unter Waffen haben und nicht auf neue Rekruten angewiesen ist.

Weitere Themen bleiben Kindersoldaten beziehungsweise die Anwerbung von Kindern, obwohl auch dieses Phänomen teilweise zurückgegangen ist. Aber es gibt weiterhin Fälle, in denen Menschen sagen, ihr Sohn oder ihre Tochter, 14 oder 15 Jahre alt, sei nicht nach Hause zurückgekehrt. Zwei, drei Wochen später bekommen sie einen Anruf und das Kind sagt, es sei jetzt bei den Einheiten und es solle nicht mehr nach ihm gesucht werden, da es nicht zurückkomme. Die SDF haben 2019 mit der UN eine Art Aktionsplan unterzeichnet und sich verpflichtet, keine Kinder mehr anzuwerben. Danach wurden auch tatsächlich viele Kinder, die noch in ihren Reihen waren, nach Hause geschickt. Es gibt aber noch die sogenannte revolutionäre Jugendorganisation der PKK (Ciwanê Şoreşgêr), die nach Angaben der SDF ohne Absprache Kinder und Jugendliche im Pubertätsalter anspricht und für den Militärdienst anwirbt. Dass diese Organisation bis heute nicht verboten wurde und ihre Aktivitäten fortsetzt, zeigt, dass das Problem weiterhin existiert und dass Kinder trotz des Rückgangs immer noch in Gefahr sind, angesprochen und dementsprechend auch eingezogen zu werden.

Sicherheitslage und IS-Aktivitäten

Die Sicherheitslage im Nordosten ist im Allgemeinen akzeptabel. Man kann nicht von dauerhafter Kriminalität auf der Straße sprechen. Große organisierte Kriminalität gibt es auch nicht. Die Menschen können sich innerhalb des Nordostens frei bewegen, auch zwischen den Provinzen Deir ez-Zor, Raqqa und Hassaka. Es findet ein reger Austausch statt, auch wirtschaftlich, zwischen diesen drei Provinzen und allen Gebieten der SDF. Trotzdem gibt es vor allem in ländlichen Gebieten im Raum von Deir ez-Zor nach wie vor ganz viel IS-Aktivität. Man spricht von ungefähr 200 Operationen oder Anschlägen in verschiedenen Größen, die seit

Jahresbeginn 2025 stattgefunden haben. Als Anschlag wird dort auch definiert, wenn jemand mit einem Motorrad vorbeifährt und dann einen Gegenstand auf ein Haus wirft, selbst wenn dieser Gegenstand nicht explodiert. In diesen 200 Anschlägen sind aber natürlich auch Anschläge enthalten, die zum Tod von Zivilisten beziehungsweise Sicherheitskräften geführt haben.

Die Prognosen sagen, dass der IS wieder stärker werden wird, wenn die Lage so bleibt wie sie ist. Gemeint sind die Spannungen zwischen den SDF/AANES und der Regierung in Damaskus. Zwischen beiden Regionen liegen große unbewohnte Gebiete, in denen sich IS-Zellen bewegen, sich wieder aufstellen und organisieren können. Die Region hat nicht nur mit Aktivitäten des IS zu kämpfen, sondern mit dem IS-Erbe an sich. Die Organisation hat damals weite Teile des Nordostens kontrolliert, nicht nur Gebiete in Deir Ez-Zor und Raqqa, sondern auch große Teile von Hassaka. Und bis heute spürt man die Folgen dieser Zeit an vielen Stellen. Ein großes Thema ist die Rückkehr von Menschen aus al-Hol und anderen Lagern. Das betrifft vor allem junge Frauen, Witwen und auch die Töchter ehemaliger Kämpfer, die wieder nach Hause geschickt werden. In der Region gibt es jedoch keine funktionierenden Strukturen, die diese Frauen auffangen und ihnen Unterstützung anbieten könnten. Es gibt zwar verschiedene NGOs, unter anderem unsere Organisation, die verschiedene Programme für diese Frauen entwickelt haben, aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es reicht nicht aus, um dieses große Problem zu bewältigen. Die Frauen haben diverse Schwierigkeiten, beispielsweise Probleme mit Dokumenten. Viele von ihnen haben entweder ihre Dokumente verloren oder waren nicht im Besitz von Personaldokumenten, als sie gefangen genommen oder als sie zum Al-Hol-Camp gebracht wurden. Die Ausstellung von Dokumenten gestaltet sich unglaublich schwierig. Nicht alle Frauen wurden im Nordosten geboren, deshalb haben sie keine Nachweise aus dem Zentralregister oder aus den Zivilregisterämtern im Nordosten. Viele mussten in ihre Ursprungsgebiete wie Hama, Aleppo oder Idlib zurückkehren, um dort eine Kopie zu holen und dann Dokumente ausstellen zu lassen. Es gibt viele Witwen, bei denen der Tod des Ehemanns noch nicht rechtlich festgestellt und auch dementsprechend registriert wurde. Daraus entstehen dann wiederum Fragen über Erbe oder Versorgung und Unterhalt von Kindern. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die lokale Bevölkerung überwiegend keinen Kontakt zu diesen Menschen möchte. Es gibt eine gewisse Ablehnung, ihnen einen Arbeitsplatz zu gewähren, die eigenen Kinder mit ihren Kindern spielen zu lassen, wenn sie in die gleiche Schule gehen etc. Nach meiner Auffassung kann die Selbstverwaltung mit den jetzigen Kapazitäten und angesichts der großen Belastungen sowie der laufenden Verhandlungen mit Damaskus dieses Problem nicht endgültig lösen. Die Region wird vielleicht ein oder zwei Generationen brauchen, um aus der IS-Ära herauszukommen und des Problems Herr zu werden. Um damit zu beginnen, bräuchte man andere Mechanismen, andere Lösungsansätze, vielleicht auch Gesetze, spezielle Ämter oder Kommissionen, die sich nur auf dieses Thema konzentrieren.

Infrastruktur und Lage der Vertriebenen

Eine weitere sehr zentrale und schwierige Frage ist die Infrastruktur. Viele Straßen haben unter dem Krieg gelitten. Es werden teilweise Projekte von der Selbstverwaltung umgesetzt, aber das reicht einfach nicht aus, weil vor allem in den letzten Jahren ganz viele Straßen von schweren Militärfahrzeugen benutzt wurden. Und das hat dann dazu geführt, dass diese Straßen viel schneller kaputt gingen als vorgesehen. In der Region wird nicht darauf geachtet, wie gebaut

wird und darunter leidet dann die Infrastruktur. In Gebieten, wo eigentlich rechtlich nur zwei oder drei Etagen zugelassen sind, werden dann fünf, sechs oder sieben Etagen gebaut. Niemand fragt nach oder wenn gefragt wird, ist es zu spät und es wird dann einfach geduldet. Das führt zu einem Bild, wie man es beispielsweise in Qamischli sieht: Überall wird gebaut, aber ohne Rücksicht auf Vorschriften, grüne Plätze, Spielplätze für Kinder oder ob die Wasserversorgung für die Kanalisation ausreicht. Das führt zu gewissen Spannungen und darunter leidet natürlich auch die Lebensqualität. Zusätzlich zu den bekannten Lagern, in denen IS-Kämpfer oder IS-Sympathisanten, festgehalten werden, gibt es auch andere Flüchtlingslager in der Region. Es gibt insgesamt zwölf Flüchtlingslager für Binnenvertriebene. Ein Großteil stammt aus Ras Al-Ain und Tall Abyad, aber auch viele, die noch aus Idlib und Aleppo kommen. Viele haben in den letzten Monaten versucht, ihre Ursprungsregionen zu besuchen, um zu prüfen, ob es möglich ist, endgültig zurückzukehren. Nach vielen Interviews, die wir geführt haben, haben zwar ganz viele ihre Ursprungsregionen besucht, aber fast über 90 % haben sich dafür entschieden, momentan nicht zurückzukehren, weil viele Fragen noch nicht geklärt sind. Entweder sind die Häuser in den Ursprungsregionen zerstört, unbewohnbar oder es leben dort inzwischen Vertriebene aus anderen Regionen, die jetzt nicht ausziehen wollen. Dies findet man vor allem in der Region Afrin, aus der einige unserer Kolleginnen innerhalb unserer Organisation kommen. Diese haben ihre Dörfer und Ortschaften besucht und auch festgestellt, dass dort Menschen aus Damaskus in ihren Häusern wohnen und nicht zurückkehren können, nicht zurückkehren wollen, weil wiederum ihre Häuser im Raum Damaskus zerstört sind und sie einfach nicht in die Ruinen zurückkehren wollen. Neben den erwähnten Flüchtlingslagern gibt es in der Region fast 90 Aufnahmeeinrichtungen. Oft sind es Schulen und andere Regierungsgebäude, die zu Aufnahmeeinrichtungen umgewandelt wurden. Das hat wiederum dazu geführt, dass tausende Kinder monatlang die Schule nicht mehr besuchen konnten, beziehungsweise die Schüler von drei Schulen in eine Schule geschickt wurden. Diese Entscheidungen wurden vor allem nach den großen Flüchtlingswellen 2018-2019 und den türkischen Interventionen in Afrin, Tall Abyad und Ras Al-Ain getroffen.

Ausblick

Was bleibt angesichts dieser Lage übrig an Hoffnung, an Szenarien? Was sind die Vorstellungen der Menschen im Nordosten? Dafür haben wir kürzlich, wie jedes Jahr, das Youth Forum im Nordosten veranstaltet. Wir laden jährlich um die 150 Jugendliche aus verschiedenen Regionen des Nordostens zu einem Jugendforum über zwei oder drei Tage ein. Sie diskutieren miteinander, mit Entscheidung- und Würdenträgern und anderen Menschen in der Region über ihre Rolle, aber auch über die Zukunft des Landes. Auf dem Forum hat man gesehen, dass es auf der einen Seite die Sehnsucht gibt, dass die Beziehung mit Damaskus wiederhergestellt wird und dass man ohne Weiteres wieder von Qamischli, Hassaka und Raqqa nach Damaskus fahren kann. Auf der anderen Seite steht die Skepsis, dass es möglicherweise so schnell, wie vielleicht in den Medien suggeriert wird, nicht zu einer politischen Lösung mit Damaskus kommen wird. Viele glauben, dass es viel länger dauern wird und Spannungen weiterhin auf der Tagesordnung bleiben werden.

Heutzutage gibt es zwar einen Austausch zwischen dem Nordosten und dem Rest des Landes: die Menschen können grundsätzlich, wenn auch mit Schwierigkeiten, von Qamischli, von Hassaka, von Raqqa oder Deir Ez-Zor nach Damaskus oder Aleppo fahren. Jede Fahrt ist aber

ein Unternehmen, eine Herausforderung an sich. Niemand, selbst erkrankte Menschen, die zur Behandlung nach Damaskus müssen, können mit Sicherheit sagen, dass wenn sie morgens von Hassaka losfahren, wirklich am Abend in Damaskus ankommen. Die Fahrt kann dann zwei oder drei Tage dauern. Die Menschen können an Checkpoints zurückgeschickt werden und ihnen wird gesagt, sie sollen es am darauffolgenden Tag versuchen, da es heute schwierig sei. Da heißt es, es gebe Sicherheitsprobleme oder es gebe irgendwelche Unstimmigkeiten mit den Dokumenten. Am Ende gelangt man doch nach Damaskus. Aber halt nicht wie geplant und nicht so schnell, wie man es möchte. Oder man versucht alternative Wege, fährt über Dörfer, über abgelegene Gebiete, manchmal in Richtung Tadmur (Palmyra) in die Wüste hinein, um Deir Ez-Zor herum und biegt dann irgendwann auf die Schnellstraße ein, um nach Damaskus zu gelangen. Die Menschen fragen sich, warum die beiden Konfliktparteien das nicht wenigstens regeln können. Warum sollte es nicht möglich sein, dass Menschen von A nach B fahren können? Natürlich können weiterhin Ausweise kontrolliert und Verdächtige festgenommen werden, aber das darf nicht für alle gelten und nicht so gestaltet werden, dass sich jeder dreimal überlegen muss, ob er überhaupt den Weg nach Damaskus oder Aleppo antreten soll. Wir haben trotzdem Freunde aus Damaskus eingeladen, um am Youth Forum teilzunehmen und von ihren Erfahrungen zu berichten. Trotz allem bleibt das ein schwieriges Thema. Die Szenarien, die momentan in der Region diskutiert werden, sind unterschiedlich. Es gibt viele, die davon ausgehen, dass der jetzige Status quo für längere Zeit bestehen bleibt, vielleicht bis zum Ende der Übergangszeit von Ahmed Al-Scharaa, also für ungefähr fünf Jahre. Erst danach werde man sehen, in welchem Ausmaß Verhandlungen mit den SDF oder der Selbstverwaltung wieder möglich sind oder ob man sich vielleicht in drei Jahren militärisch stark genug fühlt, um eine Operation gegen den Nordosten zu starten und das Problem auf militärischem Weg zu lösen. Vielleicht wird der internationale Druck auch so groß, dass die Regierung in Damaskus sich auf eine politische Lösung einlässt.

Mit heutigem Stand ist die letzte Nachricht aus der Region ein Interview mit einem Kommandeur der SDF, welcher zwei Standpunkte gleichzeitig vertreten hat. Zum einen wollen sie eine politische Lösung und sie bestehen darauf, die Vereinbarung vom 10. März einzuhalten. Andererseits bereiten sie sich jeden Tag auf eine große militärische Auseinandersetzung vor. Genau dieses Gefühl herrscht auch in der Region. Die Hoffnung auf eine Lösung ist da, aber gleichzeitig bereitet man sich darauf vor, dass es doch zu militärischen Zusammenstößen kommen könnte. Viele glauben zudem zu Recht, dass die Lösung dieser Frage nicht von beiden Konfliktparteien abhängt, sondern von den Entwicklungen in der Türkei, aber auch davon, wie Washington die Lage bewertet. Inwieweit werden die USA Ahmed Al-Scharaa dabei unterstützen, die Kontrolle über das gesamte Land zu erlangen, zum Nachteil der Kurden und der SDF? Oder sieht Washington in den SDF immer noch einen unerlässlichen lokalen Partner, der Aufgaben erledigen kann, die die Übergangsregierung in Damaskus noch nicht erledigen kann? Diese Szenarien bleiben offen und dadurch bleibt natürlich die Skepsis, Unruhe und geringes Vertrauen in die nahe Zukunft bei ganz vielen tausenden Menschen in der Region.

Q&A

Was hat es mit den willkürlichen Verhaftungen von Personen im AANES-Gebiet auf sich? Laut Syrian Network for Human Rights (SNHR) gab es im Oktober 126 registrierte Fälle⁷, darunter auch Kinder. Dabei ging es wohl nicht um Rekrutierungen?

Farhad Ahma: Ich denke, gerade bei diesen Verhaftungen hat es viel mehr mit Stammesangehörigen zu tun, die in anderen Gebieten gekämpft haben oder versucht haben zu kämpfen. Das ist zumindest die Rechtfertigung, die wir bekommen haben, als wir nachgefragt haben, worum es sich bei diesen Personen handelt. Wir haben auch festgestellt, dass die SDF diese Tatsache als eine Art Bedrohung für sich definieren. Sie sehen darin den Versuch von diversen Seiten, Strukturen innerhalb ihrer Gebiete zu schaffen, die im Fall der Fälle aktiviert werden könnten, wenn es zu Auseinandersetzungen kommt. Es gibt aber trotzdem auch Verhaftungen, die aufgrund von Meinungsäußerungen oder politischen Vorstellungen stattfinden. Aber diese Fälle im Oktober, die plötzlich so zahlreich waren, haben unsere Aufmerksamkeit erregt. Wir haben bei unseren Teams und Freunden nachgefragt, warum es auf einmal so viele waren. Denn auf der anderen Seite haben die Spannungen mit anderen kurdischen Kräften nicht zugenommen, sondern sind eher zurückgegangen. Man hat sich sogar schriftlich geeinigt. Auch mit offiziellen Vertretern der arabischen Stämme gab es keine großen Spannungen. Daher war die Erklärung, dass die meisten entweder direkt in Suweida oder anderen Regionen waren, beziehungsweise versucht hatten, dorthin zu gelangen oder Propaganda dafür gemacht hatten, dass junge Männer sich Stammesstrukturen anschließen und dort kämpfen.

Was Rekrutierungen Minderjähriger betrifft, ist es Ihre Einschätzung, dass die meisten Fälle, die jetzt noch stattfinden, der Revolutionären Jugend, also dieser PKK-nahen Organisation, zuzuschreiben sind? Und betreffen diese Fälle dann auch Mädchen?

Farhad Ahma: Auf jeden Fall. Da wird kein Unterschied zwischen Jungs und Mädchen gemacht. Diese Kinder werden dann nicht direkt in die Reihen der SDF eingeordnet, sondern in separate Gruppen, die viel stärker mit der PKK verbunden sind als mit den offiziellen SDF. Deswegen sieht man seit langer Zeit auf offiziellen Bildern der SDF fast gar keine Menschen, die wie Kinder wirken. Wenn Kinder angeworben werden, werden sie woanders trainiert und indoktriniert und gelangen später möglicherweise zur PKK, aber nicht in die regulären Einheiten der SDF. Die Gruppe, die dafür verantwortlich ist und weiterhin großen Wert darauflegt, das fortzuführen, ist die Revolutionäre Jugend (Ciwanê Şoreşgêr), die immer noch aktiv ist.

Nach meinem Verständnis ist der einzige internationale Flughafen des Landes der in Damaskus. Wie ist denn der Status des Flughafens in Qamischli?

⁷ SNHR, SNHR's Monthly Report on Arrests/Detentions in Syria, 2. November 2025, <https://snhr.org/blog/2025/11/02/snhrs-monthly-report-on-arrests-detentions-in-syria-7/>

Farhad Ahma: Der Flughafen an sich ist funktionsfähig. Die Flüge wurden aber nach dem Sturz des Regimes eingestellt. Vor dem Sturz gab es Flüge von Damaskus nach Qamischli und sogar unregelmäßig von Beirut nach Qamischli. Entweder direkt von Beirut oder indirekt über Damaskus mit kurzer Pause, um weitere Passagiere aufzunehmen. Das ist auch eine der Forderungen der Selbstverwaltung an die Regierung, dass der Flughafen wieder in Betrieb genommen werden soll. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Die einzige internationale Möglichkeit für den Grenzübergang zur AANES und damit SDF-kontrollierten Gebieten verläuft über Irakisch-Kurdistan. Für den Personenverkehr ist der Checkpoint Semalka über den Tigris die Option, über die Menschen aus dem Ausland in die Region reisen können. Viele reisen auch über Beirut und Damaskus und dann auf dem Landweg weiter in die Region. Das ist aber ein richtiger Landweg, und man macht es eher nur, wenn man Verwandte in Damaskus hat, die man unterwegs besuchen möchte.

Zur Frage, ob man für eine Rückkehr zunächst über Damaskus einreisen muss: Wenn Personen abgeschoben werden, müssen sie wahrscheinlich über Damaskus einreisen. Menschen aus der Region, die ihre Heimat besuchen wollen, müssen aber nicht über Damaskus reisen. Sie können direkt über Erbil in die Region. Tatsächlich gibt es an der Grenze zwischen den AANES-Gebieten und der Türkei vier Grenzübergänge. Der größte und bekannteste ist Qamischli-Nusaybin. Daneben gibt es Darbasiya, Ras al-Ain und Kobanê. Diese gehören auch zur Verhandlungsmasse mit der Türkei. Der alte Übergang bei Qamischli war klein und nur für den Personenverkehr und für sehr begrenzte Warenmengen gedacht, die man in Taschen mitnehmen konnte. Man konnte aber von Qamischli aus sehen, dass die Türkei einen separaten großen Grenzübergang für Warenverkehr eingerichtet hat. Und der soll auch jetzt mittlerweile bereit sein, um betrieben zu werden. Das heißt, selbst LKWs, große Busse, große Fahrzeuge können über diesen Grenzübergang fahren. Das soll dazu dienen, dass der Handel zwischen den beiden Regionen floriert und die Route zwischen der Türkei und dem Irak dadurch verkürzt wird. Die Route soll dann nicht mehr über Şırnak und Dohuk führen, sondern von Qamischli über Mossul in den Irak gehen und somit werden kurdische Gebiete im Irak umfahren. Das könnte die wirtschaftliche Lage in den AANES-Gebieten verbessern und möglicherweise auch das Verhältnis zur Türkei. Die Türkei hat in den letzten Wochen mehrmals gesagt, dass der Grenzübergang fertig ist und dass er in Betrieb genommen werden kann, es ist aber nicht dazu gekommen. Man geht aber davon aus, dass es nicht so lange dauern wird, bis das der Fall ist. Zumindest erstmal für Personenverkehr und später kann man dann entscheiden, ob auch Warenverkehr stattfinden soll.

Werden Demonstranten, die sich pro-Übergangsregierung äußern, im Nordosten von den SDF unterdrückt? Kommt es zu Festnahmen oder Gewalt?

Farhad Ahma: Das waren vor allem Fälle direkt nach dem Sturz des Regimes, da es vielerorts zu Freudendemonstrationen kam. Probleme gab es an einigen Orten, wo Demonstrationen abgehalten wurden, die nicht nur den Sturz des Regimes feierten, sondern auch die Auflösung der SDF und der AANES. Das wurde als Provokation wahrgenommen und man schickte Sicherheitskräfte zu diesen Ortschaften, um das Ganze einzudämmen. In mindestens einem Fall in Raqqa und vermutlich auch einem Fall in Hassaka kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen auch Waffen eingesetzt wurden. Diese Kundgebungen, diese Demonstrationen waren

nur in der Anfangsphase unmittelbar nach dem Sturz des Regimes und haben im Prinzip seit Monaten nicht mehr stattgefunden.

Wie sieht es mit den Erdölvorräten im Nordosten aus?

Farhad Ahma: Man spricht immer vom Öl im Nordosten und es wird manchmal der Eindruck erweckt, Syrien wäre ein Staat wie Saudi-Arabien oder der Irak. Das stimmt nicht. Syrien hat vor 2011 etwa 380.000 Barrel pro Tag produziert. Mit dem heutigen Stand, ohne die technische Ausrüstung, ist die Produktion auf etwa 30.000 Barrel gefallen. Das ist ein großer Unterschied. Selbst wenn man zur Produktion vor 2011 zurückkehren würde, würde das nicht ausreichen, um das Land wieder aufzubauen und die Kriegsschäden zu beheben. Es gibt also Ressourcen, aber die Vorstellung, dass man durch die Kontrolle dieser Gebiete und Bodenschätze die Probleme des Landes lösen könnte, ist falsch. Diese Ressourcen reichen dafür nicht aus. Viele Probleme sind nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur und müssen politisch gelöst werden.

Kristin Helberg: Syrien hat zu wenig Öl und Gas, das ist völlig richtig. Und traditionell hatte eben das Assad-Regime diese Gas- und Öl vorkommen, die nun mal im Nordosten liegen, für sich beansprucht. Man hat häufig Alawiten in den Nordosten geschickt, die dann die Ölunternehmen geleitet haben, während Kurden höchstens als billige Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Der Nordosten ist über viele Jahrzehnte stark vernachlässigt worden und das sollte sich nicht wiederholen. Ich denke, die Verteilung dieser Erdöl- und Erdgasvorkommen ist gar nicht strittig, weil die AANES von Anfang an gesagt hat, dass diese Ressourcen ganz Syrien gehören und gerecht geteilt werden sollen. Ein wirklich wichtiges Signal wäre zum Beispiel, eine Raffinerie in der Nähe der Erdölquellen im Nordosten aufzubauen statt wie bisher nur in Homs und Baniyas an der Küste.

Das sind lauter Signale, die man senden könnte. Es geht auch um banale Dinge, wie zum Beispiel die syrische Armee nicht mehr syrisch-arabische Armee zu nennen, sondern syrische Armee. Ganz zu schweigen vom Namen des Staates, also Syrische Republik statt Syrisch-Arabischer Republik. Das wären kleine symbolische Schritte und Entscheidungen, aber sie hätten eine klare Aussage in Richtung mehr Pluralismus. Dann wurde eine Frage gestellt nach dem Wasser. Da wollte ich noch einen Satz dazu sagen, weil das natürlich auch mit der Einigung der Türkei einhergehen würde, um diese Wasserproblematik zumindest zu entschärfen. Die Region leidet unter Dürre und ist stark vom Klimawandel betroffen. Der Nordosten ist wichtig für die landwirtschaftliche Produktion, vor allem für Getreide. Eine Einigung mit der Türkei wäre sehr hilfreich, die eben durch verschiedene Staudämme am Oberlauf des Euphrat das Wasser zurückhält und sich auch nicht an die vereinbarten Quoten hält, die vor Jahrzehnten mit dem Assad-Regime vereinbart wurden.